

Volkswacht

für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend“

Bezugspreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 2 Mal und ist durch die Haupt-Expedition (Poststraße 4/5) durch die Einzelhandlungen 11, durch die Zweigstellen (Innere Stadt 11, Poststraße 14) sowie durch alle Postämter zu beziehen. — Bezugspreis im voraus 30 wöchentlich 0,10 Goldmark, monatlich 1,70 Goldmark. Durch die Post frei bei 3,00 Goldmark

Organ für die werftätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141
Postfach-Konto: Postfach-Unti Breslau Nr. 5852.

Anzeigenpreis: 10 Zeilen 100 wöchentlich 17 Pf. Anzeigen unter Text 70 Pf. Stellenangebote 10 Pf. Familienanzeigen, Stellengesuche, Besuche, Verlobungs- und Wohnungs-Anzeigen 7 Pf. Klein-Anzeigen pro Wort 2 Pf., das letzte Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis Sonntag 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition (Poststraße 4/5) oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Neue Regierungsfrise?

Eine neue Kriegserklärung der Volkspartei.

Bei dem verlassenen Kriegsvolk der Kreisvereins- und Ortsgruppenvorständen der Deutschen Volkspartei Ostpreußens hat der Reichstagsabgeordnete Scholz am Sonntag in Insterburg eine Ansprache gehalten, der, was den oratorischen Leistungen dieses Redners nicht allzu oft widerfährt, die größte politische Bedeutung beizumessen ist. Nach dem Bericht eines bürgerlichen Nachrichtenbüros beschäftigte sich Herr Dr. Scholz mit der innerpolitischen Lage und mit dem Problem der Regierungserweiterung. Seiner Ansicht nach kann nur eine Koalition in Betracht kommen, die eine längere Dauer verspricht, und da, wie er weiter auseinandersetzt, die innere Uebereinstimmung zwischen den Deutschnationalen und den bürgerlichen Parteien der Mitte entschieden größer ist als die der bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie, sei und bleibe das Ziel der Deutschen Volkspartei der Bürgerblock. Der Stein des Anstoßes für die Große Koalition ist nach der Ueberzeugung des Führers der Deutschen Volkspartei die Frage der Arbeitszeit, „über die niemals eine Verständigung zwischen der Deutschen Volkspartei und die Sozialdemokratie möglich sein wird.“ Und eben so unmöglich ist, wie er versichert, eine Verständigung mit der Sozialdemokratie über die Verhältnisse der Reichswehr.

Der „Soz. Presseklub“ nennt diese Rede eine offene Kriegserklärung an die Sozialdemokratie, die mit den Annäherungsversuchen der Bürgerregierung unter Marx unvereinbar sei, und schreibt weiter: „Die der Regierung angehörenden Fraktionen haben uns zur Prüfung den die Arbeitszeit betreffenden Vorschlag überreicht, über den sie sich untereinander geeinigt haben. Wir haben ihn entgegengenommen, und die Prüfung ist im Gange. Wir haben allerdings keinen Zweifel darüber gefaßt, daß der Entwurf, so wie er jetzt ist, bei uns keine Aussicht auf Annahme hat. Aber es sollte doch auf seiner Basis weiter verhandelt werden. Die Absicht ging doch dahin, über unsere Gegenvorschläge zu diskutieren. Und bevor wir sie überhaupt einbringen, bevor also eine Diskussion überhaupt eröffnet ist, erklärt Herr Scholz eine Einigung für ausgeschlossen.“

Und wie steht es mit der Reichswehr? Wir haben dem Reichskanzler, dem Außenminister und dem Wehrminister in einer vertraulichen Besprechung zunächst mündlich Kenntnis von unserem Beschwerdematerial gegeben. Die schriftliche Zusammenfassung dessen, was wir vorbringen, geht erst in diesen Tagen dem Wehrminister zu. Herr Scholz kennt dieses Material nicht, er weiß auch nicht, welche Forderungen wir im einzelnen erheben. Doch er stellt sich von vornherein schützend vor die Reichswehr und alle ihre Mißbräuche und Verfehlungen und bezeichnet eine Verständigung mit uns als unmöglich.

Ueber die jüngsten Reden von Kardorff und Becker (Hessen) konnte man, so bedenklich sie waren, zur Not mit der Motivierung hinweggehen, daß es sich hier um die Äußerungen von Privatmeinungen einzelner Mißvergnügter handele. Herr Scholz aber ist der Führer der Partei. Was er ausspricht, muß als amtliche Parteimeinung gewertet werden, und deshalb haben wir selbstverständlich aus seinen Worten unsere politischen Schlussfolgerungen zu ziehen.

Das heißt also, daß wir den Versuch aufgeben, uns mit dem Kabinett zu einer gemeinsamen Abwehr der Angriffe von rechts zu vereinigen. Wir haben die Hände frei. Aber das bedeutet auch daß eine Regierung, die zusieht, wie einer der Führer der Regierungsparteien der Sozialdemokratie so offenkundig und gleichzeitig so hinterhältig den Fehdehandschuh hinwirft, nicht erwarten kann, daß die Angegriffenen ihr noch länger auch nur einen Rest von Vertrauen entgegenbringen. Wie man weiß, ist die Frage des Verhaltens der Sozialdemokratischen Fraktion gegenüber dem gegen Herrn Kühl eingebrachten Mißtrauensvotum noch offen. Aber die Insterburger Rede des Herrn Scholz hat das Mißtrauen gegen den Innenminister zu dem gegen das Gesamtkabinett erweitert. Die Fraktion wird sich in den nächsten Tagen darüber schlüssig werden, in welcher Form sie ihrem Mangel an Vertrauen Ausdruck verleihen soll.

Die Genossen Hermann Müller und Breitscheid haben gleich am Montag nachmittag Gelegenheit genommen, den Reichskanzler persönlich auf die Gefahren dieser Situation aufmerksam zu machen. Herr Marx und seine Kollegen, aber auch das Zentrum und die Demokraten, werden uns keinen Vorwurf machen können, wenn es noch vor Weihnachten zu einer Regierungsfrise kommt, deren Ausgang sich noch nicht voraussehen läßt.

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion tritt am Donnerstag vormittag zusammen, um noch vor der Sitzung der Reichstagsfraktion, die nach der Plenarsitzung stattfindet, zu der neuen politischen Lage Stellung zu nehmen.

Die „Vossische Zeitung“ schreibt zu der Rede des Abg. Scholz, anscheinend im Auftrage der Reichskanzlei: „Es ist inzwischen festgestellt worden, daß der Abg. Dr. Scholz die Insterburger Rede nicht mit Wissen und auch nicht im Auftrage seiner Fraktion gehalten hat, sondern nur für seine Person gesprochen habe. Der Reichskanzler ist bemüht, den durch die Rede des Abg. Dr. Scholz geschaffenen Zwischenfall beizulegen, um Weiterungen zu vermeiden, die eine nicht unbedenkliche innerpolitische Situation schaffen würden.“

Die Genfer Verhandlungen.

Genf, 7. Dezember (Eigener Funkbericht.)
In den gestrigen Verhandlungen zwischen den Außenministern Englands, Frankreichs, Deutschlands und Belgiens spielte die Räumung des Rheinlandes noch keine ausschlaggebende Rolle. Es wurde ausschließlich, soweit das Rheinland in Frage kam, über das Problem der „Investigation“ gesprochen. Von deutscher Seite wurde dabei wieder der bisherige Standpunkt vertreten, daß die Einführung irgendwelcher „ständiger Elemente“ in das Kontrollrecht des Völkerbundes auch im Versailles Vertrag keine Stütze findet und der Wortlaut des Art. 215 unbestreitbar nur Untersuchungen von Fall zu Fall gestattet. Es ist vorläufig noch zweifelhaft, in welcher Hinsicht die übrigen Alliierten bereit sind, über den französischen Vorschlag hinauszugehen, der von einer Investigation nur für die ersten drei Monate spricht und diesen Plan im März abändern will. Immerhin läßt sowohl das am Montag abend nach den Besprechungen von deutscher als auch von englischer Seite veröffentlichte Kommuniqué erkennen, daß die beteiligten Staatsmänner den weiteren Verhandlungen mit einem gewissen Optimismus entgegensehen.

Paris, 7. Dezember. (Eigener Funkbericht.)
Zu dem gestrigen „Diplomatentage“ schreibt der linksstehende „Quotidien“: „Angesichts der Tatsache, daß auch die Alliierten ihrerseits nicht verkennen können, daß das Untersuchungsrecht des Völkerbundes gewisse Einschränkungen und Abänderungen bedürfe, läge ein Accord bereits im Bereich der Möglichkeit.“
Der „Petit Parisien“ weiß noch zu diesem „Accord“ zu melden, daß, was die Frage der Abberufung der Kontrollkommission anbelange, diese wahrscheinlich auf folgender Basis vor sich gehen werde:
Es wird das Datum für die Abberufung der Kontrollkommission festgesetzt werden, aber die Abberufung selbst wird erst stattfinden, wenn die militärischen Sachverständigen in Spezialfällen der interalliierten Militärkommission in Versailles gegenüber sich über die Zerstörung der in Königsberg und anderen Festungen vorgenommenen neuen Befestigungsanlagen betrieblig erklärt und die Vorkontrollkonferenz diese Erfüllung der alliierten Forderungen in allen Punkten festgestellt haben wird.

Ein Vertreter des Wehrministeriums in Paris.

Paris, 7. Dezember. (Eigener Funkbericht.)
Der General von Pawels, der gestern in Paris eingetroffen ist, hat sich noch im Laufe des Tages mit verschiedenen Persönlichkeiten in Verbindung gesetzt und ist auch vom interalliierten Militärkomitee in Versailles empfangen worden. Nach einer Ausprache, die General von Pawels mit dem Generalsekretär der Vorkontrollkonferenz hatte, wird dieser sich heute nach Genf begeben, wo er den Vertretern der interalliierten Mächte die jüngst in Paris eingetroffenen Berichte des Generals Waska vorlegen wird.

Eine scharfe Zurückweisung rechtsradikaler Putzschiffen

enthält ein Brief des deutsch-bürgerlichen Sejm-Abgeordneten Ullig (Kattowitz) an den „Landesbund Blücher“ in München. Mit Berufung auf die „Vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier“ in Bayern hatte dieser Bund sich zur Aufstellung einer militärischen Geheimorganisation in Polen erboten. Der Führer der bürgerlichen Organisationen des ober-schlesischen Deutschtums lehnte, das mit den Worten ab, daß er eine solche Zumutung angesichts seiner Pflichten als polnischer Staatsbürger für ehrenrührig und im übrigen als ein Verbrechen gegen das Deutschtum ansehe, für das nur mit rechtlichen Mitteln in Oberschlesien wirksam gekämpft werden könne. Die Veröffentlichung des Briefes erfolgt anlässlich von polnischen Vorwürfen, die an ein Zusammenwirken des von Ullig geleiteten Deutschen Volkswachens mit seinen rechtsradikalen Münchener Korrespondenten gaudien.

Ein Programm der Vernichtung des Ostens.

Ein um die schlesische Wirtschaftsituation besonders verdienter Politiker schreibt uns:
An der Diskussion über die Hilfe für den Osten beteiligte sich, nachdem alle anderen gesprochen haben, auch der Breslauer „Generalanzeiger“ in einem Leitartikel vom 5. Dezember. Dieses Blatt kommt zwar jenseits von Schlesiens Grenzen als politischer Faktor nicht in Betracht und verzichtet bewußt innerhalb Schlesiens auf die Ausübung politischen Einflusses, um lediglich den Stimmungen des politisch interessierten Teils des Bürgertums einen möglichst populär-spießigen Ausdruck zu verleihen. Ausnahmsweise aber sollen in unserem politischen Teil zu seinem Programm der „Rettung“, das in Wirklichkeit ein Programm der Vernichtung des Ostens ist, einige Bemerkungen gemacht werden.

Der „Generalanzeiger“ sieht eine rasche Hilfe für den Osten lediglich durch eine starke bürgerliche Mehrheit gewährleistet, verlangt eine Wirtschaftspolitik zur Stärkung des inneren Marktes und besonders zur Hebung der Lage der Landwirtschaft, womit er Hochschulpolitik meint, die Vermeidung einer unproduktiven Steuer- und Sozialpolitik, worunter er Abbau der Steuern und sozialen Leistungen versteht, Wohnungsbau in erster Linie auf dem flachen Lande, und sieht in rührender Bescheidenheit bei Erfüllung dieser Ziele das ostdeutsche Wirtschafts- und Verkehrsproblem und die Arbeitslosenfrage so weit gelöst, als sie unter den veränderten Verhältnissen überhaupt gelöst werden könne.

In Wirklichkeit ist dieses Programm, wie diese kurze Charakteristik erkennen läßt, vollkommen eingestellt auf die Interessen des östlichen Großgrundbesitzes. Damit hängt auch zusammen, daß das Blatt es vermeidet, auch nur mit einer Zeile auf die Notwendigkeit der Siedlung im Osten einzugehen. Das Programm würde im Gegenteil die Siedlung vernichtend treffen, weil die in ihm geforderte verstärkte Schutzpolitik mit der durch sie hervorgerufenen weiteren Steigerung der Getreidepreise eine Erschwerung der Landbeschaffung zu mäßigen Preisen bedeuten würde. Die von dem „Generalanzeiger“ in noch höherem Maße erstrebte großagrarische Struktur des Ostens würde aber nach den bisherigen Erfahrungen in den östlichen Grenzgebieten eine weitere Verminderung der Bevölkerung nach sich ziehen, die bekanntlich in den letzten Jahrzehnten ständig abgenommen hat. Der immer menschenärmer werdende Raum Ostpreußens und Schlesiens müßte schließlich dem Druck der Nachbarstaaten mit ihrer die Grenzgebiete zugebende bäuerlichen Bevölkerung erliegen. Der Schutz des Profits des getreidebauenden Latifundienbesitzers bedeutet nicht Schutz, sondern Vernichtung der östlichen Wirtschaft; er dient nicht der „nationalen Rettung des deutschen Ostens“, die der „Generalanzeiger“ zum Programm erhebt, sondern zieht den Untergang auch seiner Städte nach sich, deren Bewohnerschaft sich nur durch lauffähige, sich um sie gruppierende bäuerliche Siedlungen wirtschaftlich kräftigen kann. Die konservativen Regierungen der Vorkriegszeit haben das Programm des „Generalanzeigers“ bereits vorweggenommen und einen Teil des Ostens mit ihm verloren. Eine zweite Auflage einer solchen Politik, durchgeführt von der herbeigeeilten starken bürgerlichen Mehrheit, würde die Reste des deutschen Ostens wirtschaftlich und politisch preisgeben.

Das Programm des „Generalanzeigers“ ist ein Programm der Verzwelgung besonders für Schlesien. Es gibt Schlesiens Industrie und Handel und damit sein städtisches Leben im heutigen Umfange auf. Das Blatt legt alle Hoffnung auf den inneren Markt, dessen Kaufkraft es durch erhöhte Zölle entscheidend schwächen will; es findet sich ergeben mit dem Niedergang des Exports nach dem Osten ab und verzichtet auf Wohnungsbau in der Stadt, die ja doch zusammenschrumpfen wird. Schlesien soll der Einfachheit halber so werden wie der übrige Osten. Je weniger die Wiederaufnahme des Handels mit Polen, der bekanntlich von jeher der schlesischen Industrie weitgehende Beschäftigung geboten hat, in Betracht gezogen, je mehr der deutsch-polnische Zollkrieg als der der schlesischen Wirtschaft natürliche Zustand angesehen und Folgerungen aus dem langsamen Aufstieg der russischen Wirtschaft für Schlesiens Industrie und Handel abgelehnt werden, um so einfacher macht man sich die Geschäfte für einen Leitartikel zurecht. Die Durchführung dieses Programms würde die Unterschiede zwischen Westen und Osten verstärken, anstatt sie zu vermindern, und die Aussichten einer einheitlichen Politik und Kultur für Deutschland endgültig beseitigen.

Die Gedankengänge des „Generalanzeigers“ finden mir Punkt für Punkt verwirklicht in der Politik der Deutschnationalen Volkspartei. Ganz in ihrem Rahmen hat sie sich jahrelang gegen den Bau des Staubedens von Ottmachau gewendet, weil ihr die Interessen einiger Grundbesitzer, deren Besitz enteignet werden muß, wichtiger waren als die Schaffung dieses gewaltigen, zur Lösung des östlichen, besonders schlesischen Verkehrsproblems unendlich wichtigen Werks. Die Deutschnationale Volkspartei hat ferner die Siedlung Jahre hindurch sabotiert, sieht sie gegenwärtig norübergehend lediglich als Rettungsaktion für leistungsschwache Landwirte an. Die Deutschnationale Volkspartei ist weiter die eifrigste Befürworterin der Verlängerung des deutsch-polnischen Zollkriegs, der die deutsche, vor allem die

schlechte Wirtschaft mehr und mehr aus ihren Beziehungen zu Polen herausdrängt und der Wirtschaft anderer Staaten die Möglichkeiten der Verbindung mit der Wirtschaft des polnischen Nachbarstaates erschließt. Diese Partei hat von jeher die Städte weitgehend von der Verwendung des Hausinsolvenz-Aufkommens zum Wohnungsbau in ihren eigenen Mauern auszuschießen und auf dem Wege über Verwaltungsverfahren möglichst hohe Beträge auf das flache Land an Orte mit viel geringerer Wohnungsnot, als es die Großstädte sind, zu bringen versucht. Diese Gemeinamkeit der Meinung festzustellen, ist vielleicht nicht ohne Nutzen.

Der Artikel eines Berliner Mittagsblattes über die sterbende Großstadt Breslau hat kürzlich viel Staub aufgewirbelt und Proteste hervorgerufen. Wir sind gespannt, ob sich Stimmen gegen ein Blatt erheben, dessen Gedankengänge, in die Tat umgesetzt, ein Todesurteil für Schlesien bedeuten würden. Die denkschriftsfreudige Breslauer Handelskammer, die zu manchen, sie durchaus nicht unmittelbar berührender Frage Stellung nimmt, sollte sich im Interesse der hinter ihr stehenden Wirtschaftskreise zu solchen handelspolitischen Auslassungen eines schlesischen Organs einmal äußern; der Herr Oberbürgermeister von Breslau könnte, anstatt das Verhältnis zwischen Nieder- und Oberschlesien durch eigenartige Reden noch mehr zu verschlechtern, die Notwendigkeit verstärkter Wohnungsbau in Breslau unter Ablehnung der städtefeindlichen Wünsche der „Neuesten Nachrichten“ betonen. Dem Artikel des „Generals“ würde dann wenigstens das Verdienst zukommen, Margefleiß zu haben, wie wenig sein Inhalt zu tun hat mit den wahren Notwendigkeiten für die Rettung des deutschen Ostens.

Die gemeinsame Landesversicherungsanstalt Nieder- und Oberschlesien.

Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, fand in der Angelegenheit der Einrichtung der Verwaltung der gemeinsamen Landesversicherungsanstalt Nieder- und Oberschlesien am 4. Dezember im Ministerium für Volkswohlfahrt unter dem Vorsitz des Ministers Hirtfelder eine Besprechung statt, an der Vertreter der beiden beteiligten Provinzen, der Landesversicherungsanstalt, des Reichsarbeitsministeriums und des Reichsversicherungsamts sowie einige Abgeordnete teilnahmen. Es wurden die Grundzüge, die in der Verwaltung der gemeinsamen Landesversicherungsanstalt zum Ausdruck kommen sollen, eingehend besprochen. Sodann wurde vereinbart, durch eine kleinere Kommission die entsprechenden Satzungsbestimmungen entwerfen zu lassen und diese alsbald zum Gegenstand einer neuen Beratung zu machen.

Aus dem Reiche.

Die Ausführungsbestimmungen zum Gesetz gegen Schmutz und Schand. Wie das „Berl. Tagebl.“ hört, wird die Ausarbeitung der Ausführungsbestimmungen zum Gesetz gegen Schmutz und Schand auch im Falle der Annahme des Gesetzes in der vorliegenden Form durch den Reichstag noch geraume Zeit in Anspruch nehmen. Man rechnet damit, daß die Ausführungsbestimmungen im Frühjahr 1927 fertiggestellt sein werden so daß das Gesetz im März oder April nächsten Jahres wirksam werden könne.

Die „Allsozialisten“ verurteilen die Entscheidung in Sachen. Aus Dresden wird der „Völkischen Zeitung“ gemeldet, daß die am Montag nachmittags abgehaltenen interfraktionellen Besprechungen über die Regierungsbildung in Sachen ergebnislos verließen da die Allsozialisten eine Koalitionsgemeinschaft mit den Deutschnationalen ablehnten. Infolgedessen dürfte die für heute angelegte Wahl des Ministerpräsidenten wiederum ergebnislos verlaufen, nachdem auch der Kandidat der Sozialisten, Genosse Fleißner, ohne die Stimme der Allsozialisten die zu der Wahl erforderliche absolute Mehrheit nicht erreichen wird.

Die Finanzminister der Länder treten Mittwoch in Berlin zu einer nochmaligen Besprechung über den vorläufigen Finanzausgleich zusammen.

Der Hamburger Senat erklärt die Deutschsozialistische Freiheitspartei für verfassungswidrig. Nach einer Meldung des „Berliner Tageblattes“ aus Hamburg hat der Senat die Deutschsozialistische Freiheitspartei für verfassungswidrig erklärt und das für die Parteiführer bestehende Verbot, sich in der Partei zu betätigen, bewilligt.

Damile unter den Zedern.

Von Henry Bordeaux.
(Berechtigter Uebersetzung von J. Ruda.)

33 (Nachdruck verboten.)
Die beiden Augen Greife, Remetallah Kazi und Regib Daoud, blickten diese Erklärung... Ich fügte hinzu, daß meine Braut nach Rücksicht des Schmuckes jeder Verpfändung gegen mich entbunden sei und legte zum Beweis den Ring, das Armband und den goldenen Stirnreif vor. Man kam dahin überein, daß Butras und ich das Urteil nicht mit fällen wollten. Butras nahm protestlos von dieser Ausschaltung Kenntnis; er bemühte sich nicht um Willkür, die ihm zugewiesen wurden, wenn er sie auch mit Wut erwiderte. Er war eine Kriegsmutter. Daraus reiberte sich die Zahl der Richter auf vier, und wenn ich mir auch nichts vom Richter und Vater erhoffte, so glaube ich doch, daß die beiden Greife vielleicht zur Weide neigen würden. Aber Damile machte mir meine Gedanken nicht leicht. Remetallah Kazi richtete die sehr überflüssige Frage an sie:
„Hast du mit freiem Willen das väterliche Haus verlassen?“
„Sei energische Geistes beständige das. Regib Daoud glaubte nun auch eine Frage stellen zu müssen.
„Hast du dich freiwillig in Omars Haus begeben, nachdem du nach muslimanischem Brauch in die Ehe getreten bist?“
Auch dies beantwortete eine Bewegung. Sie verzerrte sich selbst. Aber wie hätte sie ihre Liebe herabwürdigen können? Und jetzt nahm der Richter das Verhör auf. Er kam zum schwersten Punkt der Anklage. Hatte Damile, die katholisch, nach maronitischen Ritus fromm erlogen worden und ein Vorbild für die jungen Mädchen von Beherre gewesen war, ihren Glauben abgeschworen, um zur Religion Mohammeds überzutreten? Und würde sie als Omars Gattin nicht selbstverständlich ihren Glauben preisgeben? So hatte sie nicht nur ihren Glauben, ihre Familie, ihr Land, ihre Rasse verläugnet, nein, auch ihren Gott! Der Richter hatte sich erhoben, um seinen Worten härteren Nachdruck zu verleihen. Er schien größer in seinem schwarzen Gewand; seine Augen flammten, er preßte die Arme aufwärts, nahm jene gebietende Haltung an, um bereutwillen man ihn den „Kapitän“ nannte; er unterbrach die Wichtigkeit seiner Frage. Seit allem waren die Maroniten treue Anhänger Christi gewesen. Niemals war es den Arabern oder Türken gelungen, hier im Gebirge den Glauben an den Erzherrn zu erschüttern. Die Druzen hatten in Syrien und Libanon die Bevölkerung hingeworfen, aber einen Glaubenswechsel nicht bewirkt. Darin es geschah, daß die reinste, schamloseste aller Jungfrauen des

Tschitscherin und Westarp warnen uns vor Verständigungspolitik.

Der russische Volkstammstifter Tschitscherin hielt am Montag nachmittags, ähnlich wie im Oktober 1925 während seines Aufenthaltes in Berlin, vor bürgerlichen und kommunistischen Pressevertretern einen außerpolitischen Propaganda-Vortrag für Sowjetrußland. Die Vertreter der sozialistischen Presse wurden auch zu dieser Veranstaltung wie zu allen anderen Unternehmungen der Sowjetbotschaft in Berlin nicht eingeladen.

Tschitscherin benutzte die Gelegenheit zu einer ausgesprochen anti-englischen Rede. Er beschuldigte vor allem die englische Regierung einer systematischen Einkreisungspolitik Sowjetrußland gegenüber und erklärte, daß der Abschluß von Pakten mit den einzelnen baltischen Ländern als Abwehr vor russischer Seite zu betrachten sei. Es folgte dann eine Polemik gegen den Völkerbund, dem Rußland nicht beitreten werde. Im übrigen rühmte Tschitscherin die Festigung der guten Beziehungen Rußlands zu Deutschland, Frankreich und auch zu Italien, wo die Kommunisten maßhaft erschlagen und eingekerkert werden. Ueber das im Vorbeigehen des deutschen politischen Interesses stehende Thema der russischen Granatlieferungen an die deutsche Reichswehr schwieg sich Tschitscherin völlig aus. Es ist immerhin bemerkenswert, daß von russischer Seite bis jetzt ein offizielles Dementi der Angaben des „Manchester Guardian“ nicht erfolgt ist. — Tschitscherin wurde am Montag vom Reichsfanzler Dr. Marx empfangen.

Ähnlich wie Tschitscherin, hat am Sonntag der deutsch-nationale Graf Weizsäcker die Führung der deutschen Außenpolitik vor neuen Kompromissen mit dem Völkerbund gewarnt. Auf einer ober-schlesischen Landesparteitags-Rede erklärte er, Stresemann habe bisher nur Mißerfolge von seinen Verhandlungen mitgebracht, die Lage im Rheinland sei unerträglich (?), die Dawes-Last im nächsten Jahre unbezahlbar (!). Statt Abrüstung durch den Völkerbund, durch die doch keine Gleichberechtigung zu erzielen sei, müsse Deutschland wieder zur allgemeinen Wehrpflicht kommen. Die Einigung mit den Mittelparteien hänge für die Deutschnationalen von der Anerkennung ihrer Forderungen ab. Dem Zentrum wurde ein Vorwurf gemacht davon in heftigen Angriffen auf seine Führer in der ober-schlesischen Provinzialverwaltung gegeben.

Das Eintreffen des russischen Außenministers in Berlin war bescheidenweise von der Westarpischen „Kreuzzeitung“ freudig begrüßt und zum Anlaß einer neuen Drohung nach Westen benützt worden, die sich auf die Möglichkeit des Zusammengehens mit Sowjet-Rußland bezog. In der gleichen Richtung liegt die russische Einladung zum Tschitscherin-Empfang an die bürgerliche deutsche Presse, unter Ausschluß der sozialdemokratischen. In der Agitation aber reben unsere Rußland-Propaganda von proletarischer Einheitsfront...

Aleine Auslandsnachrichten.

Eine Volksabstimmung der Schweiz. Die eidgenössische Volksabstimmung über das Getreidemonopol ergab 370 000 Stimmen für die Ablehnung und 304 000 Stimmen für die Annahme. Die „Neue Züricher Zeitung“ erblickt in dem Sieg der Monopolgegner eine Abweijung von Sozialisierungsprogrammen.

Franko-italienische Rüstungen an der Riviera. In den letzten Wochen haben angeichts der unverhüllten Rüstungen des italienischen Generalstabs der französischen Grenze entlang umfangreiche „Umgruppierungen“ französischer Truppen in den Departements am Mittelmeer und in den Seealpen stattgefunden. Der Präsi des Departements der Seealpen hat, wie das „Deuare“ mitteilt, darüber eine längere Proklamation an die Bevölkerung der mitteländischen Provinzen gerichtet, in welcher er erklärt, daß gegenüber den italienischen Drohungen seit rund 14 Tagen Truppen, Kanonen, Maschinengewehre und Munition durch die französische Seereschiffahrt nach Nizza und Mentone transportiert worden sind und daß infolgedessen Südfrankreich vor einem Handstreich der Schwarzheiden geschützt sei. Im Hafen von Nizza seien außerdem 4 Torpedoboote und 3 U-Boote stationiert worden. Endlich sei in dieser Stadt jüngst ein ganzer Zug Tanks eingetroffen. Das Manisest ermahnt die Bevölkerung zur Ruhe und empfiehlt ihr, diese nicht zu verlieren, „falls ernste Ereignisse eintreten sollten“.

Ein deutscher Spion in Frankreich verhaftet. In Paris wurde in einer großen Flugzeugfabrik ein junger Deutscher, vor einiger Zeit eingetretener Pilot namens Herbert Jrensen unter dem Verdacht der Spionage festgenommen. Bei einer Hausdurchsuchung wurden zahlreiche Dokumente vorgefunden, die sich angeblich auf die Landesverteidigung bezogen und von denen man annimmt, daß Jrensen sie der deutschen Militärbehörde ausliefern wollte.

Libanon das Beispiel des Verrats gab? Der Schuß des Kultus erforderte einen Widerruf vor der Öffentlichkeit oder eine schwere Strafe. Das Volk mußte wissen, daß ein solches Verbrechen die härteste Buße nach sich zog, und daß auch die Notabeln sich ihr unterwerfen, wenn einer der übrigen der Schuldige war.
Aus allen Sägen der Anklage hörte ich die Drohung des Todes heraus. An Damile aber gißt alles ab. Ihr Bild war der einer Abweykenden. Sie verließ ihr Ohr, oder ihre Gedanken weichen fern. Wie der Priester seine Rede beendet hatte, herrschte er sie schroff an:
„Du kannst dich unfremd Gericht nicht entziehen. Antworte! Du hast eine Junge, um zu antworten!“
Aber er erreichte nichts, kein Zeichen, keine Bewegung. Ihre Augen verlegneten hartnäckig die Umgebung. Geduld war des Priesters Stärke nicht. Nach einigen Stunden vergeblichen Wartens erklärte er:
„Weißt du, du findest kein Wort des Widerspruchs, kein Wort des Bedauerns oder der Reue? Du bist noch verstockter als ich glaube. Du stehst unter der Anklage eines Verbrechens, das ein Christ nicht einmal sich vorzustellen wagt. Dein Schweigen ist Gefährdung, unsere Pflicht aber ist jetzt zu richten.“
Sie vernichtete sich selbst. Ich ergriff noch einmal zu ihren Gunsten das Wort:
„Du verstehst ihr Schweigen falsch.“ sagte ich zum Priester. Sie hat nicht geögert, die Vergehen zu bekennen, welche ihr soeben Remetallah Kazi und Regib Daoud vorwarfen. Aber deine, die wesentliche Anklage, hat sie durch kein Zeichen bestritten.“
In dem Moment blühte Damile zu mir herüber. Sie intereffierte sich also doch für das, was ich für sie tat? Würde sie mich nicht unterfragen? Aber ich konnte nicht länger in ihren Augen lesen. Der Priester, welchem meine Anteilnahme nicht entging, änderte jetzt keine Taktik, aber, um gerechter gegen ihn zu sein, er zog sein Priestergewissen zu Rate, und daraus wuchsen ihm neue Gedanken:
„Sage aus, Damile, ob du unter anderen Feinden Christi geblieben bist und ob du dich wehrtest, ihre Zeremonien und Rituale anzunehmen. Sage aus, ob es nur aus Schwäche ihrem Drängen nachgabst und ob du im Grunde deines Herzens deinem Glauben treu geblieben bist. Sage aus, ob du heute keine Reue empfandest, falls du dich gewillig und freiwillig unterwarfst? Unter Gott ist furchtbar, aber er ist gut.“
Aber wie Damile immer noch schweigend, denn er den Faden dieser Gedanken weiter, nicht mit großer Beharrlichkeit — dann war er nicht fertig — aber mit herzlichem, warmem menschlichem Empfinden. Jesus hatte das verlorene Lamm auf seinem Arme

Die Entwicklung des polnischen Parteiwesens

lent unter neuem Namen rasch wieder in altbekannte Bahnen zurück. Die von jeher an Verständigung mit Deutschland interessierten und darin mit den Sozialisten zusammenarbeitenden galizischen und östpolnischen Großgrundbesitzer (Kadymil Lubogogelnd, der sich auch Lohrer Industrielle aller Konfessionen (Scheibler, Potanski usw.) angeschlossen. Der nationalitätliche Teil (Kurz mit dieser kleinen, aber wohlhabenden Gruppe in schärferem Form aufgenommen. Der alte Führer der deutsch-feindlichen antilemischen Rechtspartei der Nationaldemokraten Romanogogelnd, hat zur Gründung einer neuen größeren Partei aufgerufen, die sich Groß-Polnische Partei nennt. Angeschlossen haben sich alle rechtsstehenden Feinde des Völkerbundes, darunter der General Haller und der frühere Finanzminister Jdzichowski. Die Völkisch-Presse nennt diese neue Partei „falschlich“ und rückt damit für ihre eigene Richtung deutlicher als bisher von falschlichen Methoden ab. In der Abwehr dieser Gegengruppe wird sie sicher die Unterstützung der demokratischen Kleinbauern und der sozialistischen Arbeiter, die man in der letzten Zeit wiederholt vor den Kopf stoß, wieder brauchen! Die in Deutschland übertrieben empfindenen kleinen Gruppen polnischer Monarchisten dürften durch diese Entwicklung bereits wieder völlig ausgeschaltet sein.

Die Mieterhöhungspläne des Zentrumsministers Hirtfelder.

der bekanntlich zur Sammlung von Neubaugeltern auf 130 Prozent Friedensmiete kommen will, wurden von seinem demokratischen Kollegen, dem Finanzminister Höpfer-Wiltsch, in einer Rede im Hauptausschuß des Staatsrats bekämpft. Das Staatsministerium habe dazu noch keine Stellung genommen. Auch der Finanzminister hält allerdings eine mäßige (!) Erhöhung der Miete im Laufe des nächsten Jahres mit Rücksicht auf die Erhöhung der Löhne der Hausbesitzer für die ausgewerteten Hypotheken für notwendig. Diese erhöhte Last betrage am 1. Januar 1928 etwa 8 Prozent der Friedensmiete.

Die Sozialdemokraten haben durch sachkundige Sprecher wiederholt darlegen lassen, daß wir eine Abwälzung dieser Hausbesitzerleistungen auf die Mieter in keiner Weise für notwendig halten, und werden uns auch weiter gegen jede Mieterhöhung wehren.

Der Austritt Theodor Wolffs aus der Demokratischen Partei

wegen ihrer uneinheitlichen und teilweise undemokratischen Haltung zum Schluß und Schlußgesch wird bekräftigt. Das Generalsekretariat der Partei lag dem Chefredakteur des größten demokratischen Blattes noch einige Unliebenswürdigkeiten nach, die darauf hinauslaufen scheinen, daß er irgendwelche Mitgliedschaften nicht regelmäßig erfüllt habe. Es übergeht dabei die Tatsache, daß Theodor Wolff zusammen mit inzwischen verstorbenen Männern, wie Friedrich Naumann und Hugo Preuß, und mit dem inzwischen auch bereits ausgestretenen Helmuth v. Gerlach zu den Gründern der Demokratischen Partei gehört, und daß diese schließlich nicht viele solche Federn zu den ihren zählen konnte.

Eine neue Deffirma für die SPD.

Vom 3. bis zum 5. Dezember hat in Berlin der sogenannte „Kongress der Werktätigen“ getagt. Glaubt man dem kommunistischen Hauptorgan, der „Roten Fahne“, so müßte dieser Kongress so ungefähr das bedeutendste Ereignis der letzten Tage darstellen. Aber dieser Kongress erweist sich bei näherem Zusehen ganz dürftig als ein zur höchsten Ehre Moskaus inkonformes Demonstrationsakt und der Kommunisten. Weder handelt es sich um wirklich von der Mehrheit der Werktätigen-Schaffenden legitimierte Vertreter auf diesem Kongress, noch wird die praktische Auswirkung den Arbeitermassen wirkliche Hilfe und Nutzen bringen. Auch der gewissenhafteste Chronist brauchte dieser Veranstaltung kaum mehr als registrierend Erwähnung zu tun.

Die Einberufer waren die Kommunisten. Die organisatorischen Stützpunkte für diese Einberufung gaben die kommunistischen Betriebsräte und die kommunistische Organisation der Erwerbslosen ab. Einige von den beteiligten Organisationen, z. B. der Kleinbauern, erweisen sich bei näherem Hinsehen auch nur als kleine kommunistische Agitationszentralen, die mit den ähnlich benannten größeren Verbänden nur verhältnismäßig verwechselt werden können. Der einzige nichtkommunistische Redner von einiger Bedeutung war der alte Ledebour, der bekanntlich aus seiner Ortsgruppe der nicht vereinigten USB. (Richtung Th. Liebknecht) vor einiger Zeit auch ausgeschlossen wurde und hier neuen Anschluß fand. Er erklärte die Wirtschaftskrise durch das Verschulden der Kapitalisten, statt durch die Gesetze des Kapitalismus selbst...

getrag nachdem er ihm durch Federn und Dornen nachgefolgt war. Er rief es, verlangte nach ihm, er wärme es an seiner Brust. Es war nichts, als Sanftmut, Dicke Verzeihung. Dann, in seiner Gütlichkeit, konnte er einjähnen, vergeben. Während die Gesetze der Menschen nur über diese Verträge gegen das Gemeinwohl und die äußere Ordnung der Dinge richteten.
„Sag ihm, Damile,“ drang er im Verfolg seiner Gedanken in sie, „sag ihm, daß du ihn niemals verlassen hast; lehre zu ihm zurück. Er hofft auf dich. Er harret deiner. Ihn verlangt nach dir. Und mit ihm fordern dich 40 Jahrhunderte des katholischen Kultus in unseren Bezirken den ungezähle Weiden und Nachstellungen nicht unterdrücken konnten. Und mit ihm fordern dich alle dematonitischen Vorfahren, welche der Stolz des Kadisha-Tales waren und deine fromme tote Mutter, die in der Trauer um deine Seele gestorben ist.“
Er sah nicht die bleichen, durchsichtigen Hände, deren Finger sich gegeneinander pressten und sich fieberhaft krümmten, sah nicht die Totenblässe, die ihr Gesicht entfarbte; aber ich ahnte, was in ihr vorging und erriet ihr Geheimnis, wie wenn das Herz des armen Kindes vor mir offen dalag.
„Ich bin treu,“ sagte sie, „nicht falsch und keine Lügnerin. Nein, ich habe nicht auf dem Grunde meines Herzens Gott verleugnet. Aber ich liebe, und werde meine Liebe, die alle meine Gedanken erfüllt, nicht verraten.“
War es nicht das, was sie sagen konnte und nicht sagte?
„Wir brauchen eine Erklärung vor der Öffentlichkeit,“ härmte der Priester auf sie ein.
Diese Worte befestigten sie vollends in ihrem Entschluß, im Schweigen zu verharrten. Aber es schien mir, daß ihre Lippen in diesem Augenblick ganz leise ein Gebet sprachen: „Mit dem Nihilismus der Frauen hat sie ihren Gott vielleicht, ihm widerstehen zu dürfen.“
So lagen wir, von Qualen zerrissen, in diesem zum Gericht umgewandelten Raum, in den der Morgen freundlich hereinzuweichen begann. Der Scheit war das Opfer des Kampfes zwischen seiner Pflicht und seinem Wort, zwischen seinem Amt und seinem Herzen; um Damile rang der angefallene Glaube und ihre Liebe, im Priester fanden sich ein eifernder Kanakker und ein Verführer der Friedensreligion gegenüber; ich selbst schwankte zwischen einer Vergangenheit, welche diese Umgebung neu erweckte und dem Verlangen, ein Opfer zu bringen, welches größer als meine Leidenschaft und aller Widerstehen dieser Erde sein sollte. Butras dagegen war verknümt, er sah in diesen Debatten nur Heuchelei. Am liebsten hätte er die unnütze Prozedur abgezurgt. Und die beiden Aiten, die größten ohne Zweifel darüber, daß man sie in ihrer Ruhe aufgestört hatte. (Fortf. folgt.)

Die russische Rüstungshilfe für die Reichswehr

London, 6. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Unter dem Titel "Berliner militärische Transaktionen" und mit dem Untertitel "Das Reichswehrministerium als Komplize" hat der "Manchester Guardian" seine "von einem Korrespondenten" kommenden Enthüllungen fortgesetzt. Die im "Manchester Guardian" vom Freitag gemachten Enthüllungen werden in Berlin offiziell demontiert, das Dementi jedoch so formuliert, daß es eine kategorische Verneinung enthält. Ich bin nunmehr in der Lage, den Ausführungen, die sich auf die Beziehungen zwischen dem deutschen Reichswehrministerium, den Junkers-Werken und der russischen Regierung hinsichtlich der Errichtung einer Flugzeugfabrik in Rußland betreffen, weitere Einzelheiten hinzuzufügen. Die Tatsachen liegen wie folgt: Das deutsche Reichswehrministerium trat im Sommer 1921 an die Junkers-Werke heran und lud sie zu einer Zusammenkunft bei gewissen Plänen ein. Sie (die Junkers-Werke) wurden dahin unterrichtet, daß die deutsche Regierung diese Pläne mit großen Geldmitteln unterstützen würde und daß führende deutsche Rüstungsfirmen bereits Fachleute nach Rußland geschickt hätten. Die Pläne gingen dahin, eine Flugzeugfabrik für deutsche Zwecke auf russischem Boden ins Leben zu rufen, wobei die finanziellen Kosten von den Deutschen getragen werden sollten. Die Aufgabe der Junkers-Werke sollte die Erzeugung von Luftfahrzeugen sein, von denen einige von den Russen übernommen werden sollten, die größere Anzahl den Deutschen zur Verfügung stehen sollte. Die Junkers-Werke ärgerten, aber das deutsche Reichswehrministerium drängte sie, diesen Auftrag als patriotische Pflicht anzunehmen. Die Angelegenheit sei politischer und militärischer Natur. Das war der Standpunkt des Reichswehrministeriums und das Reichswehrministerium erklärte sich bereit, das geschäftliche Risiko und eventuelle Verluste aus eigenen finanziellen Mitteln zu decken. Nur unter ständigem Druck wiederholter Versicherungen von Seiten des Reichswehrministeriums, diese Garantie zu übernehmen, stimmten die Junkers-Werke, wenn auch mit größtem Mißbehagen, schließlich zu.

Im Dezember 1921 besuchte eine aus vier Personen bestehende Delegation zwei Vertreter von Junkers und zwei Vertreter des Reichswehrministeriums Moskau, um der russischen Regierung einen Vertragsentwurf zu unterbreiten. Das Kapital, welches das deutsche Reichswehrministerium der Firma zur Verfügung zu stellen sich erbaten hatte, betrug 21 Millionen Goldmark. Das Reichswehrministerium bestand auf absoluter Vertraulichkeit. Die vier Delegierten reisten unter angenehmen Namen mit falschen Ausweispapieren. Die Russen zeigten große Bereitwilligkeit, zu einem Abkommen zu kommen, da zu jenem Zeitpunkt die Stimmung zwischen Rußland und Polen gespannt war. Bei den Verhandlungen (sowohl als in der Korrespondenz) wurde das deutsche Reichswehrministerium aus Gründen der Vertraulichkeit nur als "S. G." bezeichnet, zwei Buchstaben, die "Sondergruppe" bedeuten sollten. Desfür der Standart der Junkers-Werke, wurde Leipzig, Flugzeuge wurden "Halle" genannt. Die Geschichte der Verhandlungen ist lang und verwickelt. Für die Schwierigkeiten waren teilweise die Russen verantwortlich, die nichts glauben wollten und stets unmitttelbar positive Ergebnisse wünschten; ein Teil der Schwierigkeiten war auf die geschäftliche Unfähigkeit des deutschen Reichswehrministeriums zurückzuführen. (Die Verhandlungen lagen weitgehend in den Händen von Reichswehroffizieren.) Teilweise waren die Schwierigkeiten auf die wachsenden Zweifel zurückzuführen, welche die Junkers-Werke darüber empfanden, ob das Reichswehrministerium tatsächlich das behauptete Kapital besitze. Die Stellung der Junkers-Werke wurde immer peinlicher und peinlicher. Die Firma wurde ernstlich befragt, als sie erfuhr, daß das deutsche Reichswehrministerium ähnliche Abmachungen mit anderen deutschen Rüstungsfirmen zum Zwecke der Erzeugung von Rüstungsmaterial in Rußland getroffen hatte. Tatsächlich zeigte sich, daß zwischen dem Reichswehrministerium und der russischen Regierung eine Militärkonvention existiert hat.

Trotz der Schwierigkeiten wurde das Abkommen im Februar 1923 ratifiziert. Nach diesem Abkommen hatten die Junkers-Werke zunächst in Moskau die Erzeugung von 100 Flugzeugen durchzuführen. Beinahe alle Ausgaben für die Errichtung des Unternehmens, die Verleumdung und Bezahlung der Fachleute und auch für die Verleumdung mit Material und für die Konstruktion der Flugzeuge wurde von den Deutschen getragen. Nach dem Konstruktionsprogramm sollte eine jährliche Erzeugung von 300 Flugzeugen schließlich erreicht werden, von denen die Mehrheit Deutschland zur Verfügung stehen sollte. Die Junkers-Werke hielten das ganze Abkommen für durch und durch ungünstig. Aber das Reichswehrministerium wies immer und immer wieder auf die militärischen und politischen Notwendigkeiten hin. Die Junkers-Werke litten überdies schwer unter der Notwendigkeit, sich zu einem Zeitpunkt auf den Bau von Kampfflugzeugen konzentrieren zu müssen, wo sie eine Ausdehnung des zivilen Flugzeugbaus wahrnehmen und große Geschäfte nicht nur in Deutschland, sondern auch in Amerika erwarten konnten. Im Herbst 1923 geriet die Firma in äußerste Bestürzung, weil sie ohne vorhergehende Information plötzlich erfuhr, daß das Kriegsministerium hundert Kampfflugzeuge in Holland bestellt habe. Im selben Jahre besuchte das Reichswehrministerium 70 Millionen Goldmark für verschiedene "politische und militärische Unternehmen" zur Verfügung zu haben.

Am 5. Mai 1924 wurde ein neues Abkommen zwischen dem deutschen Reichswehrministerium, den Junkers-Werken und der russischen Regierung unterzeichnet. Die Produktion von Flugzeugen durch die russischen Junkers-Werke wurde fortgesetzt, jedoch waren die Verhältnisse, vom geschäftlichen Gesichtspunkt aus gesehen, zumind. für Junkers ungünstig. Die Firma hatte vom Reichswehrministerium vier Millionen Mark erhalten, sie erhielt unter dem neuen Abkommen weitere acht Millionen. Es wurde darauf gedrängt, weitere 12 Millionen mittels einer Anleihe häufig zu machen. Im Laufe der Jahre 1924/25 gewährte das Reichswehrministerium der Firma unregelmäßig Kredite. Aber im Sommer 1924 kam die Firma zu der Überzeugung, daß die ganze Unternehmung für sie nichts anderes als Verlust bedeute, und sie beschloß, das Ganze zu liquidieren, wobei sie ihre Schadensansprüche anmeldete und anbot, die Meinungsverschiedenheiten einer Schiedsgerichtsbarkeit zu unterbreiten. General von Seekt, der Chef der Heeresleitung, verweigerte am 26. November 1924 seine Zustimmung zu einer solchen Schiedsgerichtsbarkeit unter Hinweis auf militärische und politische Staatsraison. Die schlimmsten Befürchtungen der Junkers-Werke waren also Wirklichkeit geworden, da der General in einem früheren Brief der Firma das Recht auf Schadensanspruch bestritten hatte. Die Firma war also außer Landes, mittels eines regelrechten Gerichtsverfahrens zu ihrem Rechte zu kommen, denn sie wäre in diesem Falle beschuldigt worden, einen Schritt zu unternehmen, der zur Enthüllung von Staatsgeheimnissen führen müßte. Das deutsche Reichswehrministerium gewährte keinerlei Hilfe, das Personal in Rußland mußte vermindert werden. Der Gesamtverlust für Junkers war nicht nur finanzieller Natur. Die Märkte, die von den Junkers-Werken mit Gewinnen hätten versorgt werden können, waren von anderen Unternehmungen erobert worden, da die Konstruktion von Flugzeugen für solche Zwecke vernachlässigt worden war. Tatsächlich war es diese russische Unternehmung, die den Markt der Junkers-Werke herbeiführte, der seinerzeit so ungebührlich erschienen mußte. Die Russen haben wenigstens eine Fabrik und Maschinen bekommen, des weiteren hatten sie Fachleute und überdies eine Anzahl von Flugzeugen, die für die deutsche Luftfahrt von großem Nutzen sind. Das deutsche Reichswehrministerium schien in geschäftlicher Hinsicht ebenso unwissend gewesen zu sein als in politischer. Der größte Teil der Gesamtmontage für das, was in der Vergangenheit geschehen war, wurde General von Seekt aufgeladen. Die

größere Verantwortlichkeit liegt jedenfalls beim Reichswehrministerium. Die übrigen Unternehmen, die von Seiten des Reichswehrministeriums eingeleitet wurden, sind vermutlich in einem ähnlich liquiden Zustand. Die Richtung, die die deutsche Außenpolitik gegenwärtig eingeschlagen hat, ist für solche Unternehmungen höchst ungünstig. Es scheint unwahrscheinlich, daß die deutsche Regierung als Ganzes den wirklichen Charakter dieser Vorgänge begriff. Ebenso wie die am Donnerstag veröffentlichten Enthüllungen können sie nur dazu dienen, Mißtrauen und Unannehmlichkeiten zu bereiten. Es wird nunmehr für die deutsche Regierung leicht sein, diese geheime unverantwortliche Tätigkeit ihres eigenen Reichswehrministeriums ein für allemal zu unterbinden.

In Berliner Blättern wird dazu jetzt erklärt, daß das Material dieser Mitteilungen während der Zeit des Konfliktes zwischen den Junkerswerken und der Reichsregierung in nicht vertraulichen Denkschriften weitgehend verbreitet wurde. Auch den Alliierten sei es damals sicher bereits bekannt geworden. Auf den letzten Listen ihrer Beschwerden hätten diese Dinge aber nicht mehr Platz gefunden, da man allgemein annehme, mit dem Rücktritt des Generals von Seekt habe diese Form der Außenpolitik des Reichswehrministeriums ein Ende gefunden. Die Tatsache des Zusammenwirkens zwischen Sowjetstellen und Reichswehr zwecks Munitionsbeschaffung für deutsche Geschütze und Besorgung anderer Kriegsmittel für die Reichswehr aus Sowjetrußland wurde am Sonntag noch in einer Berliner Rede des Kommunisten Pieck bestritten. Sowjetbotschaft und Wehrminister geben sie jetzt aber durch Stillschweigen zu.

Sowjetrußland und die baltischen Staaten.

Rowno, 5. Dezember. (Drahtbericht.) Die Aussichten auf Erreichung eines wirklich vorteilhaften Handelsvertrages mit der Sowjetregierung sind in letzter Zeit immer schwächer geworden und dies hat in Litauen eine gewisse Abkühlung gegenüber Moskau zur Folge gehabt. Dieser Stimmung geben die "Lietuvos Zienios", das Organ der maßgebenden bolschewistischen Partei in einer lässigen Berichterstattung Ausdruck, aus welcher sich die Beforgnis herausheben läßt, daß man über den endlosen Verhandlungen mit der Sowjetrepublik die Erhaltung guter Beziehungen zu den baltischen Staaten zu sehr vernachlässigt. Das Blatt beklagt es, daß das litauische Abkommen mit Moskau eine gewisse Entzweiung zwischen Kowno und Riga einerseits und Rowno andererseits hervorgerufen habe. Es sei die Aufgabe der litauischen Diplomatie, den baltischen Staaten gute Garantien dafür zu geben, daß Vertragsabläufe mit Moskau Litauen keineswegs an einer freundschaftlichen Zusammenarbeit mit Lettland und Estland verhindern.

Moskau, 5. Dezember. (Drahtbericht.) Der Abbruch der Verhandlungen mit Finnland und das außerordentlich langsame Tempo, in dem sich die Garantieverhandlungen mit den baltischen Staaten hinschieben, haben in der Sowjetpresse offenbar die Besorgnis erweckt, daß die Schuld am Abbruch bzw. der Verschleppung der Verhandlungen im Auslande auf das Konto Sowjetrußlands gelegt werden würde. Dies ist wohl die Erklärung dafür, daß die Presse jetzt das Entgegengesetzte und die Verhandlungsbereitschaft der Sowjetregierung betont und auch in dem Abbruch der Verhandlungen mit Finnland nur eine Pause sehen will. Auf den eigentlichen Grund der Nichteingang, nämlich Moskaus Widerstand in der Schiedsgerichtsfrage, wird dabei nicht eingegangen.

Rücktritt des südbaltischen Außenministers.

Aus Belgrad wird gemeldet, daß der jugoslawische Außenminister und Präsident der letzten Kollaboration des Balkanbundes, Dr. Nintschitsch, am Montagabend dem König sein Rücktrittsgesuch überreicht hat. Alle Bemühungen des Ministerpräsidenten, ihn von diesem Schritt abzuhalten, waren vergeblich. Es ist anzunehmen, daß der Rücktritt mit dem Abschluß des neuen italienisch-albanischen Vertrages im Zusammenhang steht, der für den jugoslawischen Außenminister als eine persönliche Niederlage zu betrachten ist.

Die Freundin des Großherzogs.

Das im Zusammenhang mit den Fürstenaftindungen viel belorgene Vermächtnis des Großherzogs Adolf Friedrich V. von Mecklenburg-Strelitz für seine Geliebte, die "Contessa de Magzenau", hat nun auch das Reichsgericht beschäftigt. In einem an sie gerichteten Schreiben vom 1. Januar 1914 lehrte er seiner "teuren Freundin" ein Jahr eold von zwanzigtausend Mark aus. Das Schreiben schließt mit den Worten: "Ich danke Ihnen hier noch einmal von ganzem Herzen für alle mir bewiesene Freundschaft und Selbstlosigkeit. Dieses dem Berliner Bankier des Großherzogs übergebene Schreiben dürfte erst nach dem Tode des Großherzogs an die Beklagte ausgehändigt werden. Es wurde am 10. August 1923 von dem zuständigen Amtsgericht als Testament eröffnet und verurteilt. Die Jahresrente ist bis zum Jahre 1923 regelmäßig gezahlt worden. Nachdem die Beklagte die Rentenabgaben in Goldmark verlangte, erhoben die Erben des Großherzogs — Prinzessin von Anhalt in Neustrelitz, Frau Marie Prinzessin zur Lippe, Prinzessin Milika von Montenegro, Herzogin Julia zu Mecklenburg in Rastland — Verfassungsbeschwerden, daß der Beklagten Ansprüche nicht mehr zustehen. Landgericht und Kammergericht zu Berlin haben, wie mitgeteilt wurde, die Klägerinnen auf die Widerklage zur Zahlung von jährlich 6000 Mark an die Beklagte verurteilt. Das Reichsgericht hat das Urteil des Kammergerichts aufgehoben und die Sache zur anderweitigen Verhandlung und Entscheidung an das Kammergericht zurückverwiesen. In den rechtsgerichtlichen Entscheidungen sind die Beklagten in Goldmark verurteilt. Der Revision kann der Erfolg insofern nicht verweigert werden, als sie geltend macht, daß die Zuwendung des Vermächtnisses unter den gegebenen Umständen einen Verstoß gegen die guten Sitten darstellt. Die Verfügungen der Beklagten zum Großherzog sollen nach der erstlich nicht bestrittenen Behauptung der Klägerinnen unerlaubter Art gewesen sein. Es fehlt allerdings an einem Anhalt, daß die Zuwendung dazu bestimmt war, das ehebrecherische Verhältnis zu fördern. Wohl aber ist es nicht "unselbstlos", daß die Zuwendung der Rente die Belohnung für die jahrelange Hingabe der Beklagten und der ehebrecherischen Verkehr bilden sollte. Nicht jede Zuwendung durch die sich der Mann seiner mit ihm in auferleglicher Geschlechtsgemeinschaft verbundenen Geliebten dankbar erweist, verstoßt gegen die guten Sitten. Der Beweggrund der Dankbarkeit kann hier bestimmen, für ihr abtrachte Opfer, das ihrer Frauenehre, zu entschädigen, oder an ihr begangenes Unrecht zu führen, indem er aus diesem Grunde ihr Fortkommen sichert. Anders, wenn der unmittelbare Zweck der Zuwendung die Belohnung für die geschlechtliche Hingabe ist. Das verstoßt jedenfalls dann gegen die guten Sitten, wenn ein verheirateter Mann aus diesem Grunde seiner Geliebten etwas leistungswillig zuwendet und seinen Kindern und Erben zumutet, ein solches Vermächtnis an die Ehebrecherin auszusahlen.

Bürgerliche Listerverbindung in Thüringen. Am Montag vormittag ist der Staatsgerichtshof von Thüringen zusammengetreten und hat zu der vom Landtagspräsidenten aufgeworfenen Frage der Verfassungsrechtheit der Listerverbindung für die Landtagswahlen Stellung genommen. Entgegen der sozialdemokratischen Meinung, die sich auf den klaren Vorlauf der Verfassung stützt, hat er die Listerverbindung für die Thüringer Landtagswahlen für zulässig erklärt. Damit eripart sich das Bürgerturn den kompromittierenden Zusammenstoß eines Ordnungsbloß. Es kann sich den Luxus erlauben, in zahllosen Listen aufzumarschieren und hat dennoch die Garantie, daß ihm keine Stimmen in der Spitze verloren gehen.



Beim Verlassen des Festes

noch frisch und reizend zu sein, ermöglicht "4711" mit ihren köstlich belebenden Kräften. Es ist so leicht, sich Abspannung und Mattigkeit fern zu halten — der erquickende Hauch der "4711" verscheucht sie augenblicklich. "4711" dient mit ihrer anregenden Frische dem Gleichmaß der Schönheit und des Befindens.

Nur nicht mit der gen. gesch. "4711" (Eig. Gold-Mark) — seit 1773 steht in der gleichen, unübertroffenen Güte nach alterweisem Rezept.



"4711" Weihnachts-Geschenkpäckungen RM 2.50, 3.50, 4.50, 5.50.

Bitte bei allen Einkäufen stets die Inserenten unserer Zeitung zu berücksichtigen

Druckerei Volkswacht

BRESLAU 2 Florstraße 4/6

Übernahme der Anfertigung sämtlicher Druckarbeiten für Industrie, Handel, Vereine u. Gewerkschaften in ein- u. mehrfarbiger Ausführung bei preiswerter Berechnung u. schnellster Lieferung.

Spezialität: Massenaufgaben (Rotationsdruck)

Lachen links!

Das Witzblatt der Republik

Heft 25 Preis 1/2

Zu bestellen durch die Buchhandlung "Volkswacht" und alle Buchhandlungen.



Persimmon 8 Pfg. Corps Diplomatique 10 Pfg.



Die tonangebenden Zigaretten mit echtem Strohmundstück

L. PRZEDECKI, Zigarettenfabrik „Sultan“, Breslau II. (Stammhaus gegr. 1860.) Berlin W. 8, Passage 45/46.

Weihnachts- Verkauf

In allen Abteilungen vorteilhafte Einkaufsgelegenheit für
praktische Weihnachtsgeschenke!

Baumwollwaren

Hemdenflanell	in schön. Streifenmuster. 0.60	0.45
Zephir	gute waschechte Qualität, glatt und gestreift. 0.60	0.55
Wäschetuch	bewährte Qualität. 0.60, 0.50, 0.45	0.40
Linon	für Bettbezüge, Bettbreite 1.05, Kissenbreite	0.60
Wallis	beliebte Bandstreif, Bettbreite 1.75, Kissenbreite	0.95
Rohnessel	70 cm breit, gleichmäss. Ware 0.48, 0.36	0.28
Schürzenstoffe	116 cm breit, hell- u. dunkelgestreift, 1.25, 1.10	1.00
Inlett	federdicht und säureecht, Bettbreite 1.75, Kissenbr.	1.10
Züchen	blau und rot kariert, Bettbr. 1.10, Kissenbr.	0.65
Gerstenkornhandtuch	weiß, m. bunter Kante, Meter 0.45	0.28
Küchenhandtuch	grau und weiß gestreift. Meter 0.54	0.42
Damast-Handtuch	wollweiß, halblein. Qualität, ges. u. geb. 1.15, 1.05	0.98
Damast-Handtuch	rein Lein. herrliche Muster, ges. u. geb., 1.45	1.25
Kaffeedecken	in grün u. rot, blau, Karomuster. 0.99, 0.88	0.75
Tee-Gedecke	weiß Damast, m. farb. Kanten u. 6 Servietten 6.90	5.80

Bettwäsche

Wäschetuch-Bezug	1 Deckb., 2 Kiss., sol. Wäschetuch	4.80
Wäschetuch-Bezug	1 Deckbett, 2 Kiss., zum Knöpfen	5.20
Linon-Bezug	pa. Linon, 1 Deckbett, 2 Kissen zum Knöpfen	7.80
Wallis-Bezug	beliebt. Bandstreifen, 1 Deckbett, 2 Kissen	12.50
Damast-Bezug	1 Deckbett, 2 Kissen, Blumenmuster	14.80
Züchen-Bezug	blau u. rot kar., 1 Deckbett, 2 Kissen	6.50
Inlett-Bezug	1 Deckb., 2 Kiss gute Qual.	11.80
Einzelne Kissenbezüge	pa. Wäschetuch, nur 1.40, 1.05	0.90
Einzel. Deckbett-Bezüge	gutes Wäschetuch, 4.70, 3.80	3.10
Gestickte Bezüge	1 Deckb., 2 Kiss 80/100, reich gestickt, m. Hohlis. 14.50, 13—	10.50
Kaliko-Bettlaken	solide Qualität 140x200, 2.40	1.75
Kreas-Bettlaken	mittelkr. Hausm Qual., 3.25, 3.00	2.70
Dawlas-Bettlaken	solide Hausm. Qual. 130x200	3.75
Halbleinen-Bettlaken	best. schles. Fabr., 130x200, 3.95	3.80

Damen-Wäsche

Damenhemd	solides Wäschetuch mit Hohl- saum, Trägerform. 0.95	0.74
Damenhemd	pa. Wäschetuch m. Stuck. 1.60, 1.30	1.00
Damenhemd	feines Makotuch m. Valencienser Spitzen. 3.50	3.15
Damenhemd	Achselanschluß m. Stickerei 20, 1.90	1.75
Dam.-Beinkleid	offen, mit Bog.Garnier.	1.20
Damen-Beinkleid	mit Stick, solides Haustuch, mit Hohlraum	1.50
Damen-Unterkleid	solides Wäschetuch mit Hohlraum	2.80
Damen-Unterkleider	fein Makotuch m. Valenc. od Klöppelspitze	3.95
Damen-Hemd hose	weiß mit Hohlraum 3.10	2.20
Damen-Hemd hose	bunt Opal mit Valencienser Spitze	4.60
Damen-Nachthemd	fein Batist mit bunten Aufschlägen	3.50
Damen-Nachthemd	bunt Batist, Flieder orange/grün. 5.95	4.50
Elegantes Nachthemd	bunt Opal mit Bubenkragen 7.65	6.50
Damen-Nachtjacken	Wäschetuch 3.80, 2.50, pa Körper	2.80

Herren-Wäsche

Herren-Taghemden	solid Wäschetuch m. Falten 3.80	3.30
Herren-Nachthemden	Geisha-Form, m. bunt. Bes., 4.90	4.60
Perkal-Oberhemden	gute Qual., mod. Streifen 5.50	4.75
Perkal-Oberhemden	moderne Karos 7.50	6.95
Zephir-Oberhemden	moderne Karos 9.50	7.65
Trikoline-Oberhemden	moderne Farben, pr. Qual. 12.—	9.75
Weiße Oberhemden	mit Pikee-Falten-Einsatz 9.50	6.00
Frack-Oberhemden	aus gut., mittelkräft Wäschetuch mit Rippeinsatz 12.50	10.50
Herren-Stehkragen	4fach Mako mit Ecken. 0.95	0.65
Herren-Sportkragen	moderne Form, halbweich 1.10	0.95
Herren-Selbstbinder	Kunseide in mod. Mustern 1.25	0.95
Herren-Selbstbinder	reine Seide, elegante Ausst., 2.25	2.10
Kragenschoner	Kunseide, aparte Farben. 1.85	1.50

Verlofende Geschenke



250 Silb. Damen-Armband-Uhren 65.- bis 20.-	190 Brillant-Ringe 1500.- bis 30.-
170 Silb. Herren-Armband-Uhren 70.- - 28.-	1500 goldene Ringe 100.- - 3.-
Gold. Dam.-Armbd.-Uhren 1000.- - 36.-	750 goldene Armbänder 250.- - 4.-
Gold. Herr.-Armbd.-Uhren 200.- - 75.-	135 goldene Herren-Ketten 180.- - 2.-
425 Gold. Herren-Uhren 400.- - 120.-	340 Paar goldene Ohrringe 120.- - 4.-
Gold. Flakutter-Uhren 900.- - 425.-	250 silberne Zigaretten-Etuis 60.- - 14.-

Für jede Uhr schriftliche Garantie

1000fache Geschenke in Silber 2,50 an

Das reelle Fachgeschäft für Uhren und Juwelen



Neue Schmiedinger Str. 5 und Gartenstraße 50

Ruba Werte

Rudolf Gurler

Seifen- und Parfümerien-Fabrik G. m. b. H.
Erstes Haus feiner Parfümerien * kosmetischer Präparate
Toilette-Seifen * Toilette-Artikel

Willkommene und gewollte Geschenke

Präsent-Kartongen

guter Toilette-Seifen und Parfümerien eigener Fertigung und der renommiertesten Firmen Deutschlands und des Auslandes in einfachster bis zur elegantesten Ausstattung.

Weihnachts-Kartons

enthaltend reine Seife eigener Fabrikation in ansprechender Aufmachung schon in den Preislagen von 20 Pf., 35 Pf. und 1.00 Mk. aufwärts.

Untere Qualitätsmarke

Theräblumfan

in der künstlerisch ausgeführten Weihnachtsparade 5 Stück im Karton 1.60 Mk. wird jedem ein willkommenes und praktisches Geschenk sein.

Reiche Auswahl in Toilette-Artikeln

Hochelegante Stiefel- oder Handspiegel / Rasierpiegel
Rasierseife od. Garnituren / Maniküren / Toilette-Garnituren / Kops-, Kleider- und Fußbürsten
Reise- u. Taschens-Accesfaires / Mod. Haarschmuck aus Celluloid oder echt Schildpatt
Baumkerzen * Kerzen aller Art
Wachskerzen / Lichthalter / Lampionen

Verkaufsstellen: Neue Schmiedinger Str. 4
Mühlstr. 3, Friedr.-Büh.-Str. 8, Köpferstr. 92
Langebr. 55, Mühlstr. 10/12
Fabrikverkauf: Steinstraße



Welt unter Preis

vertriebene Damenmäntel von 18.- bis 25.- auch mit Pelzbesatz

Delz-Bezüge nicht Imitation • für Mäntel, Kostüme etc. Große Auswahl 9 Mk. Meter von 2 Mk. an

Urban Bäckerei Bollswahl

Leihort: Frad. Smolting u. Rod. Anstalt G. P. Pöyöb, Köpferstr. 29, 1. Etage, 7173

Spotbillige moderne Wintermäntel 18.- bis zu den besten Fabrikaten Herren-Kleiderfabrik Albrechtstr. 41



Dr. Senfner-Brot

Bei ständigem Genuss wirksames Vorbeugungsmittel gegen Aderverkalkung und Lungenleiden. Dr.-Senfner-Brot, durch Autoritäten glänzend begutachtet, unterscheidet sich geschmacklich nicht von anderem Brot.

Deutsches Kaufhaus

G. m. b. H.

Ohlauer Str. 75

Versand von 20.00 Mk. an franko!

Versand von 20.00 Mk. an franko!

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 7. Dezember.

Das offene Fenster im Winter.

Wie man ab und zu hört, soll es noch Leute geben, die sich vor dem Öffnen eines Fensters scheuen. Unsere Leser und Leserinnen werden natürlich mit Entrüstung zurückweisen, etwa zu diesen menschlischen Gehörten zu sollen. Doch Hand aufs Herz! Wird es nicht so manchen geben, der zwar die warme Sommer- oder Frühjahrsluft gern durchs offene Fenster in sein Zimmer strömen läßt, aber die Winterkälte — br!

Aber — hat denn noch niemand etwas vernommen von den Siegeluren in unseren modernen Lungenkesseln, die auch im Winter nicht unterbrochen werden, ja, die gerade die Winterluft als unerlässlichen Heilfaktor sich nutzbar machen?! Und was den tranken Lungen Heilung bringt, sollte es nicht auch dem gesunden Körper ganz besonders zuträglich sein?

Auch die Winterportier machen ja die Erfahrung, daß ein gut Teil des wohltätigen Einflusses ihrer körperlichen Bewegung nicht auf diese selbst zurückzuführen sind, sondern auf Rechnung der Winterluft zu setzen ist. Hauptsächlich beruht diese Wirkung wohl in dem Freisein von fremden Beimischungen. Der aufgewirbelte Straßenstaub des Sommers fehlt. Der herabrieselnde Schnee hat sowohl mechanische Beimischungen (Kraut) hinweggenommen, als auch chemische Verunreinigungen absorbiert. Krankheitskeime, die in der staubdurchdrungenen Sommerluft zu Milliarden enthalten sind, fehlen jetzt fast ganz.

Die Kälte, die mit der Winterluft durchs offene Fenster ins Zimmer dringt! wird mancher jammern! Und die teuren Kohlen! Mit Verlaub! Gerade der teuren Kohlen wegen soll man die Winterluft ins Zimmer lassen, nicht ihrer Kälte, aber ihrer Reinheit wegen. Zimmerluft ist immer unrein, man denke nur an die „Sonnenstäubchen“, die auf dem Wege eines ins Zimmer dringenden Sonnenstrahles tanzen! Es ist erfahrungsgemäß nachgewiesen und wissenschaftlich bestätigt, daß sich reine Zimmerluft leichter und darum schneller, also mit weniger Kohlenaufwand, erwärmen läßt, als die mit Staub und Ausdünstungen verunreinigte. Zum mindesten muß daher während des Heizens ein Fenster geöffnet werden. Außerdem empfiehlt es sich, mehrmals am Tage für einige Augenblicke Tür und Fenster zu öffnen, um durch den Zug die verbrauchte Zimmerluft möglichst schnell durch frische zu ersetzen. Man wird erstaunt sein, wie schnell sich die reine Luft wieder erwärmt, wie wenig man also unter der Kälte zu leiden hat. Während oder bald nach dieser Lüfterneuerung mache man einige Minuten Tiefatmungsübungen; sie werden unseren ermüdeten Lungen ganz besonders wohl tun.

Ganz regelmäßig sollen die Schlafzimmersenster offen stehen, am Tage ständig, nachts in beschaffenem Maße. Je größer der Temperaturunterschied zwischen Außenluft und Schlafzimmersluft ist, ein desto geringeres Offenhalten des Fensters genügt während der Nachstunden. Denn bei großem Temperaturunterschied findet ein lebhafter Austausch der Luft statt, der noch in reichem Maße in natürlicher Weise durch die überall vorhandenen Tür- und Fensterritzen, durch den Ofen und durch die (nicht mit Lackfarbe oder Tapeten verklebten) Poren des Mauerwerkes unterstützt wird. Am Tage wird der wohltätige Einfluß der offenen Schlafzimmersenster besonders groß sein, wenn diese nach Süden liegen; denn wo die Sonne hinommt, kommt der Arzt nicht hin!

Wer gewohnt ist, ständig sein Luftbad zu nehmen, der soll es auch im Winter tun, im Zimmer, geschützt vor Wind und Wetter, aber — bei offenem Fenster! Es ha.

Das Brotgewicht.

Gegenwärtig liegt ein Gelehenwurf vor, durch den das Verkaufsgewicht des Brotes fest geregelt werden soll. Die Hausfrau, die hin und wieder nachgewogen hat und ihre Vermutung bestätigt fand, daß sie nicht das volle Gewicht erhalten hatte, wird zunächst erleichtert bei dem Gedanken aufkommen, daß dem Brotverkäufer bzw. Bäcker in Zukunft strengere Strafen bevorstehen, wenn er unter dem vorgeschriebenen Gewicht liefert. Bei gründlicher Überlegung aber werden wir uns fragen müssen, daß dieser Art gesetzlicher Regelung nicht sehr große Bedeutung zukommt, ja, daß sogar eine gewisse Gefahr darin liegt, wenn man sich damit beruhigt und das Augenmerk von viel wichtigeren Zusammenhängen ablenkt wird.

Das Gewicht ist nämlich gar nicht allein entscheidend für den Wert des Brotes. Mindestens ebenso wichtig, vielleicht noch wichtiger, ist die Reinheit und Zusammensetzung des Mehls, die Menge der verwendeten Hüllstoffe und die Quantität und Qualität der Gärungsmittel. Ferner ist die Beschaffenheit des Backraums von großer Bedeutung für die Güte des Brotes. In kleineren Bäckereien läßt oft die Anlage der Ofen zu wünschen übrig, ganz zu schweigen von der geringen Anwendung moderner Einrichtungen. Darum sollte vor allem großer Wert auf möglichst vollkommene Produktionsvorrichtungen gelegt werden, wie sie zum Beispiel die musterzügliche Bäckerei des Konsumvereins „Vorwärts“ aufweist. In diesen hellen und luftigen Räumen kommt während des ganzen Produktionsprozesses keine menschliche Hand mit der Brotmasse in Berührung. Dadurch wird ein Grad von Sauberkeit und Hygiene erreicht, der jede Hausfrau begeistern muß. Die Forderung, die kürzlich von Hedwig Hegel ausgesprochen worden ist, verdient erst recht, von den sozialistischen Frauen erhoben zu werden: Errichtung von Großbäckereien durch die Städte, entsprechend den Schlachthöfen, die ja aus den gleichen grundsätzlichen Erwägungen heraus geschaffen worden sind. Wir neigen viel zu sehr dazu, das Gute durch Strafen und Verbote erzwingen zu wollen. Das Minderwertige stirbt ganz von selber aus, wenn das Bessere auf den Plan tritt und ihm den Boden entzieht.

Vergeßlichkeitsmesse.

Von Zeit zu Zeit verfährt die Städtische Straßenbahnverwaltung, die in ihren Fahrzeugen liegengelassenen Gegenstände nach längerer Aufbewahrungsrück an den Mann zu bringen. Sie kündigt zu diesem Zweck die öffentliche Versteigerung an, und zahlreiches, kaufwilliges Publikum findet sich im Straßenbahnhofs Hofstraße ein, um aus der Vergeßlichkeit anderer einen Nutzen zu ziehen.

Wie eine kleine Messehalle nutzt die Halle an, in der die verzeigten Sachen zur Schau gestellt sind. Das Hauptrequisit bilden natürlich die liegengelassenen Schirme die nun im Verein mit Spazierstöden zu bieten und küssen gebündelt, angeboten werden. Interessant ist es aber, festzustellen, daß das vorhandene Quantum der Herrenschirme und Spazierstöde verhältnismäßig klein ist gegenüber dem Damenrichtmangeltum. Ein seltsames Zeichen also, daß die Männerwelt bei weitem nicht so vergeßlich ist, denn zweifellos hatte einer der Käufer, der da meinte, die Herren Weinen auch oft mit Damenschirmen zu sehen, unrecht. Es g.

bis siebenhundert solcher Instrumente gegen Sonne und Wasser harrten nun eines neuen Besitzers, davon sind über vierhundert für Damenhände bestimmt. Die Qualität läßt darauf schließen, daß alle Gesellschaftsklassen gleichmäßig am Vergleichen beteiligt sind.

Unter allerhand geistreichen und geistlosen Witzen des Publikums, das es sich nicht nehmen läßt, aus der Luftion eine lustige Unterhaltung zu machen wodurch aber das Geschäft nicht im geringsten gehindert wird, finden die Bier- und Kaffee- kollektionen neue Eigentümer. Zwischen 50 Pfennigen und 4 Mark liegen die Ertragspreise, je nach dem äußeren Ansehen wird geboten; mancher macht dabei wirklich ein gutes Geschäft, mancher befaßt sich aber auch, was aber seltener vorkommt.

Damit ist aber die Art der in den Straßenbahnen liegengelassenen Gegenstände lange, lange noch nicht erschöpft. Man möchte es kaum für möglich halten, was da alles an den Augen vorüberzieht. Altentische, Herrenhüte, Damenhüte, Strickwesten, Brockflansen, Handtäschchen, Gieflansen, Korbspielsug aller Art, Florstrümpfe, Mützen, Oberhemden, Kragen Kaffeekannen, Töpfe, Einkaufstaschen, Madras, Turnschuhe zerfissene Sachen, selbst ein Schild mit der Aufschrift: „Hier ist ein möbliertes Zimmer zu vermieten“ liegt in holder Eintracht mit einem Halm- spiel neben eingepackten Holzstücken und Nachwertziegeln.

Ein Schaffner scheint wirklich nicht unrecht zu haben, wenn er meint, daß viele, die sich etwas vom Halbe schaffen wollen, es in der Straßenbahn los zu werden versuchen. In Kisten verpackt findet auch dieses „Gewerbe“ seine Abnehmer. Billig! 2 bis 3 Mark werden für solch ein wohlloles Sortiment angeboten und dafür wird es auch erstanden. 15 Viertelstundmeter große Kisten sind schnell abgeholt, die Kisten sind natürlich Eigentum der Straßenbahn, man bekommt sie also für den Preis nicht mit dazu.

Dann kommt ein Schaffner voll Augengläser an die Reihe. Brillen, Klemmer aller Schattierungen, moderne und altmodische, die im Verkauf und Bogen von Händlern gekauft werden. Den Schluß bilden Wertgegenstände, die abtaxiert sind und unter dem Taxmetri nicht abgegeben werden. Uhren, Arm- bänder, Brotschen, Ketten, Ohrringe, Fingerringe finden zahl- reiche Abnehmer.

In vier Stunden ist die Straßenbahn all das, was in einem halben Jahre unabdinglich aufgefunden wurde, wieder los, auf rechtmäßige Art, und kann ein nettes Sümchen den Erlös der gesamten Versteigerung, der Unterfütterungsfälle aufheben.

Bedenkt man, daß noch viele Gegenstände von den Verges- slichen wieder abgeholt werden, so kann man ermaßen, wie groß die Vergeßlichkeit ist.

Und was laßt der Mikbold dazu? Er geht mit fünf erstandenen Schirmen von der Auktion nach Hause, und erzählt, daß er den einen der das Nachbaurtragen nicht wert ist, bald wieder in der Straßenbahn stehen lassen wird. p m—l.

Das Buch im Dienste des Klassenkampfes

Ausstellung

Die sozialistische Literatur der Gegenwart wird am 12. und 19. Dezember ausgestellt.

Einführende Vorträge u. sachgemäße Führungen finden um 3, 5 und 7 Uhr statt

Ort: Cecilienstraße, Taschenstraße 26, I. Geöffnet von 2 1/2—9 Uhr.

Kaufgelegenheit. — Kein Kaufzwang.

Bildungsausshub / Jungsozialisten / Volkswachtbuchhandlung

Fortbildungsbestrebungen der Polizeibeamten.

Der Verband Preussischer Polizeibeamten E. V. hat im Januar 1925 in Berlin eine „Vereinigung für polizeiwissenschaftliche Fortbildung“ gegründet, die es sich zum Ziel gesetzt hat, die Polizeiwissenschaft zu pflegen und die berufswissenschaftliche Fortbildung der Polizeibeamten zu betreiben. In den verschiedenen Orten haben sich inzwischen Ortsausshüsse dieser Vereinigung gebildet.

Am 19. November konnte die Ortsgruppe Breslau des Verbandes Preussischer Polizeibeamten E. V. auch die Gründungsversammlung eines Ortsausshusses Breslau der Vereinigung vornehmen. Der Vorsitzende des Verbandes, Polizeiwachmeister Franke, eröffnete die sehr gut besuchte Versammlung mit einer Begrüßungsansprache, in der er dem Wunsch Ausdruck gab, daß die Bestrebungen der V. f. p. J. immer mehr Verständnis, Unterstützung und Interesse finden möchten.

Nach Erledigung einiger geschäftlicher Angelegenheiten wurde die Wahl des Vorstandes des Ortsausshusses der V. f. p. J. vorgenommen. Sie ergab: 1. Vorsitzender Kriminalrat Polke, 2. Vorsitzender Polizeischulrat Kuhn, 1. Schriftführer Polizeiwachmeister Franke und 1. Kassensührer Polizeioberwachmeister Adami. Es folgte ein Vortrag von Herrn Rektor Slesch, Vorsitzender des Provinzialrates des Deutschen Beamtenbundes, über das Thema: „Die Entwicklung der Kultur von ihren Anfängen bis zur Gegenwart.“ Der Ortsausshuß der V. f. p. J. veranstaltet von nun ab regelmäßige Vortragsabende für die Mitglieder der Vereinigung, in denen besondere Fachleute der Wissenschaft zu Wort kommen. Außerdem gibt die V. f. p. J. eine eigene Zeitschrift, die „Polizeiparoxys“, heraus, die wertvolle Aufklärung und Belehrung auf allen Gebieten gibt. Der Ortsausshuß Breslau der Vereinigung zählt zurzeit über 400 Mitglieder. Es ist dieses der beste Beweis dafür, daß die Polizeibeamten aller Dienstzweige ihrer beruflichen und volkswirtschaftlichen Fortbildung großen Wert beilegen.

Wir begrüßen diese fachliche Selbstfortbildung, sind aber der Meinung, wenn die Exerzitation auf dem Kasernenhof, die heut leider im Vordergrund der beruflichen Fortbildung der Schutzpolizeibeamten stehen, an denen die Beamten ohne Unterschied des Dienst- und Lebensalters teilnehmen müssen, etwas eingeschränkt würden, würde den Beamten mehr Gelegenheit zur polizeiwissenschaftlichen Fortbildung gegeben werden. Der Beamtenstand und dem Staat würde damit ein größerer Dienst erwiesen. Man sollte daher die Liebe für das militärische Spiel auf das unbedingt notwendige Maß zurückdrängen und eine Grenze finden, wo die wertvollste Ausbildung als abgeschlossen gelten kann.

Weihnachtsverkehr nach Ostpreußen.

Die Reichsbahndirektion teilt mit: Zur Erleichterung des Weihnachtsverkehrs nach Ostpreußen verfährt in der Nacht vom 23. zum 24. Dezember ein Sonderzug zu ermäßigten Fahrpreisen mit 2. und 3. Wagenklasse von Breslau-Hbf. nach Königsberg über Polen, Thorn, Allenstein, Deutsch-Eylau, Breslau ab 8.40 nachmittags, Allenstein an 6.49 früh, Königsberg an 9.59 früh.

Zur Rückfahrt gelten die Sonderzugfahrkarten innerhalb eines Zeitraums von 2 Monaten mit Jügen des gewöhnlichen Fahrplans über Schneidemühl—Cüstrin. Der Fahrpreis für Hin- und Rückfahrt beträgt 2. Klasse 38,30 Mark, 3. Klasse 26 Mark nach Deutsch-Eylau, 44 resp. 29,20 nach Allenstein und 50 resp. 33,20 nach Königsberg. Außerdem werden auch Sonderzugfahrkarten nach Marienburg ausgegeben, die von Breslau nach Deutsch-Eylau zur Benutzung des Sonderzuges und von Deutsch-Eylau nach Marienburg zur Benutzung von Personenzügen des gewöhnlichen Fahrplans berechnen. Der Fahrpreis beträgt 40 resp. 26,60 Mark. Die Karten können vom 12. Dezember ab bei der Fahrkartenausgabe in Breslau schriftlich mittels der bei allen Fahrkartenausgaben und Reisebüros unentgeltlich zu habenden Wechselkarten bestellt werden. Es ist jedoch auch Bestellung auf gewöhnlichen Postkarten zulässig, wenn sie die zur Ausführung der Bestellung erforderlichen Angaben enthält. Die bestellten Fahrkarten können bei jeder Fahrkartenausgabe eingelöst werden. Schluß des Verkaufs am 22. Dezember, abends 6 Uhr.

Baunfälle in der letzten Zeit.

In folgendem eine kurze Blütenessel von Baunfällen. Die hier wiedergegebenen Fälle sind nur ein kleiner Teil der insgesamt zu verzeichnenden.

Am 13. September kam der Bauarbeiter Zimmermann dadurch ums Leben, daß an der Baustelle, Leitgerüst, Céc Kronprinzenstraße und Hohenzollernstraße, beim Loslösen des Studegusses ein Stück des sehr schweren Studes außer hinunter geworfen wurde und dem Bauarbeiter Zimmermann auf den Kopf fiel. Er war sofort tot.

Zu derselben Zeit fiel in der Siedlung „Eichborngarten“ ein Maurergelüst zusammen, von welchem aus der Rohbau gestürzt wurde. Zwei Maurer wurden verletzt.

Am Elektrizitätswerk Scheibenberg, Bauunternehmer Härtel, verunglückte der Bauarbeiter Weiß dadurch, daß er mit einer Traglast auf dem Kopfe auf ein Ziegelstück trat, hinfiel und sich die rechte Kniekehle zerbrach. Weiß ist bis heute noch in ärztlicher Behandlung, nachdem eine Knieguckung festgestellt wurde. (Unfalldatum der 11. Oktober 1926.)

Der Steinmetz Hermann Hoppe aus Bunzlau stürzte am 18. November an der Baustelle Technische Hochschule sehr unglücklich ab und zog sich einen rechten Unterschenkelbruch zu. Er mußte sofort nach der Max-Klinik geschafft werden.

In der Zigarettenfabrik Halpauz, Unternehmer Schlesinger & Wendt, verunglückte ein Maurer, indem er auf dem Fußgerüst beim Aufziehen rückwärtslaufend schlief, abstürzte und sich eine Gehirnerschütterung zuzog.

Diverse Unfälle sind bisher zu verzeichnen an der Baustelle Knecht, Friedrichstraße Ecke Schweidnitzerstraße.

Dem Bauarbeiter Walter Schneider fiel von oben herab ein Ziegel auf den Kopf. Resultat Gehirnerschütterung. Dem Bauarbeiter Robert Viertel fiel beim Transportieren der Kalkbühne dieselbe auf den Fuß. Resultat ein Gelenkbruch. Der Bauarbeiter Karl Gierke trat schlief, stürzte in ein Loch und zog sich einen Armbruch zu. Dem Bauarbeiter Josef Matowitsch wurden beim Transport von eisernen Trägern zwei Finger zerquetscht. Eine Kopfverletzung erlitt der Bauarbeiter Kurt Peter dadurch, daß beim Montieren des Aufzuges eine Schraube herab- und dem P. auf den Kopf fiel.

Wir ermahnen erneut unsere gesamte Kollegenschaft und ganz besonders die Delegierten, jeden Baunfall sofort der Bauarbeiter-Kommision, (R. 378), Bericht zu erstatten; Hermann Meise, zu melden. Wir müssen immer wieder feststellen, daß die Unfallmessungen uns entweder gar nicht oder sehr spät und sehr unvollständig zugehen.

Bei den Hengsten.

Die Landwirtschaftskammer Schlesien trifft in diesem Jahre große pferdeärztliche Veranstaltungen, die nach Umfang und Bedeutung die Bezeichnung: „Schlesische Pferdezeitung“ erhalten haben. In diesen Tagen finden nun auf dem Gelände der Bürgerwerderkaserne Hengstschau, Fütterung und Sammelhengstprüfung für die Provinz Niederschlesien sowie die 7. Juchthengstversteigerung der beiden schlesischen Pferdezeitungsverbände statt. In der Kaserne in Coel wird am 7. Dezember die Hengstschau und Prämierung für die Provinz Oberschlesien stattfinden. Diese schlesischen Pferdezeitungstage, zu denen in Breslau über 200 und in Coel über 40 Juchthengste vorgestellt werden, bieten einen guten Ueberblick über den Stand der schlesischen Eigenhengsthaltung, die für die schlesische Pferdezucht überaus bedeutungsvoll ist. Man sah prächtige, ungestüm wiederholte Hengste, edles, schwarzes Kalt- und Warmblut, die nach Nummern geordnet, einzeln vorgeführt wurden, um von einer Kommission mit I, II oder III bewertet zu werden. Pferde dieser schwarzen Art hatte früher die Breslauer Feuerwehr, bevor sie die Motorfahrzeuge einführte. Auch die Marittalverwaltung und einzelne Brauereien hatten lohnende Tiere im Gebrauch. Am Schluß der Fütterung, Mittwoch nachmittag, erfolgte eine Vorführung der bei der Fußbeschau prämierten ausgezeichneten beschlagenen Hengste. Die Prämien bestanden in geräumten Wandbildern nach junckerlichem Geschmack, mit den Köpfen Bismarcks, Hindenburgs und des unvermeidlichen Friedrichs.

Es war überhaupt viel feudales Publikum auf der Tribüne der Ehrenhalle, Barone und Grafen von nah und fern. Um fünf Uhr nachmittags trat man sich im „Schlesischen Hof“, wo Dr. Steding, Berlin einen pferdewissenschaftlichen Vortrag hielt und darn um 8 Uhr ein gemeinsames Essen für die Hengstbesitzer und Freunde der Pferdezucht stattfand.

Der Ferkler eines preisgekrönten Hengstes übernimmt mit Annahme des Preises und mit Unterzeichnung eines Scheines unter anderem die Verpflichtung, den Hengst für die nächstfolgenden Jahre im Kammerbezirk als Deckhengst aufzustellen und zu öffentlichen Zuchtzwecken verwenden zu lassen. Im Preisen hat das Landwirtschaftsministerium Staatsbeihilfen bis 11000 Mark für Nieder- und Oberschlesien zur Verfügung gestellt, ferner Staatspremiengelder und Staatspremiengelder. Die Landwirtschaftskammer spendete zum gleichen Zweck silberne, bronzene und eiserne Kammerpremiengelder. Weiterhin wurden Ehrenpreise gestiftet von den schlesischen Züchterverbänden, vom Verein Schlesischer Eigenhengsthalter und anderen Stellen. Für die Fußbeschau Prämierung galten Barpreise der Landwirtschaftskammer und von Pferdezüchtern gestiftete „Ehrenpreise“.

Rettinggeräte an Brücken.

Die Brücken der Stadt sind jetzt wieder mit Rettinggeräten ausgerüstet. In jeder Brücke ist eine Tafel angebracht mit der Aufschrift: „Rettingring und Ball“ Wührau wird streng bestraft! (S. 30 des Reichsstraßengesetzbuches.) Der Magistrat. Unter dieser Aufschrift befindet sich eine Tafel mit den vom Deutschen Samariterverein zusammengestellten Maßnahmen zur Wiederbelebung amheimend Ertrunkener. Jede Brücke ist mit einem Rettingring und Rettingball an 30 Meter langer Leine versehen, bei langen Brücken sind zwei Säulen mit den nötigen Geräten vorgelesen. Außerdem befindet sich unterhalb der Leffing, und der Universitätsbrücke je ein Rettingstahn, um die Möglichkeit zu geben, Verunglückte aus dem Wasser herausziehen zu können. Die im Interesse der Einwohner Breslaus getroffenen Einrichtungen können ihren Zweck aber nur erfüllen, wenn das Publikum selbst mithilft, die Geräte vor Mißbrauch zu bewahren und ihren Gebrauch mit übernimmt. Sollen irgendwelche Schäden der Geräte festgestellt werden, so ist es notwendig, die Feuerwehr mündlich oder durch Fernsprecher in Kenntnis zu setzen.

Donnerstag, den 9. Dezember, abends 8 Uhr, im „Schießwerder“:

Große Protestkundgebung gegen das Urteil Magiera!

Redner: Rechtsanwalt Dr. E. Eckstein.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

(Näheres siehe Plakate!)

Sozialdemokratische Partei.

Polizeibeamter und Stahlhelmer.

Nicht nette Aussichten für Polizeibeamte eröffnet ein Urteil, das am Montag in zweiter Instanz von der 5. Strafkammer, unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Soehngen wegen Amtsverletzung gefällt wurde. Angeklagt war der 38 Jahre alte Polizeiwachmeister Paul Nibel. Er war vom Großen erweiterten Schöffengericht zu der hohen Strafe von drei Wochen Gefängnis verurteilt worden. Der Staatsanwalt hatte damals nur 100 Mark Geldstrafe beantragt. Nibel hatte am 5. März dieses Jahres, nach Beendigung seines Dienstes, nach 10 Uhr abends auf der Andersenstraße ein Glas Bier getrunken. Als er die Straße betrat, hörte er Tumult und Schreien, und abgesehen keine Dienstreife beiseite war, begab er sich doch aus Pflichtgefühl dorthin, um seine Kollegen zu unterstützen. In seiner Begleitung befand sich der Rutscher Ohlig. Als beide bis zur Ecke der Andersen- und Westendstraße kamen, sahen sie, wie Stahlhelmer mit Reichsbannerleuten und Kommunisten zusammengetreten waren. Der Stahlhelmann, Schloffer Otto Kobowald, schrie sich sofort auf Ohlig, packte ihn an der Brust und rief: „Da ist ja der Hund, der mich geschlagen hat!“ Nibel drängte Kobowald und Ohlig auseinander. Als er sich umschah, sah Nibel einen Stahlhelmann auf einem Zirkel auf dem Boden knien. Als er den am Boden Liegenden befreien wollte, wurde Nibel sofort von Stahlhelmläuten umringt und auf das Äußerste bedrängt, so daß er sein Seitengewehr ziehen mußte, damit sie von ihm abließen. Doch immer wieder kam es zu neuen Zusammenstößen, in deren Verlauf der Stahlhelmann, Ruchhalter Fritz Tesche, einen Tritt ins Gesicht bekam. Alle Beteiligten wurden zur Wache befördert und dort ihre Personalien festgesetzt. Hier wurden nicht weniger als sechs Stahlhelmläute Gummi-Lüppel abgenommen. Den Stahlhelmläuten hatte aber das Eingreifen des Wachmeisters Nibel nicht gefallen. Kobowald und Tesche hatten deshalb Strafantrag gegen Nibel gestellt und die Staatsanwaltschaft hatte gegen diesen auch Anklage im öffentlichen Interesse erhoben. Die Schilderung der Stahlhelmläute war natürlich eine völlig andere, als die Darstellung des Nibel. Nach der Darstellung des Kobowald habe Nibel ohne irgend einen Anlaß mit den Häupten auf ihn eingeschlagen und Tesche behauptet, daß ihm Nibel einen Tritt ins Gesicht gegeben habe. Es hat es zwar niemand gesehen, er selbst auch nicht, aber er habe das höhnische Gesicht des Nibel bemerkt und deshalb könne nur er es gewesen sein. Unter den zwölf Stahlhelmläuten befand sich auch einer, der die Knie gebogen haben will: Reichsbanner und Kommunisten hierher! Der Ruf sei aus der Nähe Nibels gekommen doch ob dieser ihn gehen habe, wußte niemand. Nibel war dadurch besonders im Nachteil, daß sein Begleiter Ohlig kurze Zeit nach dem Vorfall gestorben ist.

Nur einmal hat er noch vor dem Untersuchungsrichter vernommen werden können. Hier hatte er unter seinem Elde beklundet, daß er von einem Stahlhelmann angegriffen worden sei. So fand Nibel in erster Instanz fast ohne eigene Zeugen vor Gericht. Auf seinen Anruf hin, daß sich Zeugen melden möchten, die den damaligen Vorfall beobachtet haben, meldeten sich auch eine ganze Anzahl, die nunmehr in zweiter Instanz vernommen wurden. Doch, um es gleich vorweg zu sagen, es wurde auf deren Aussagen keinerlei Wert gelegt, abgesehen sie ganz bestimmte Angaben machten. So unter anderem daß der Begleiter Nibels von einem Stahlhelmann angegriffen wurde; ja ein Zeuge hat sogar mit Bestimmtheit den Kobowald als diesen erkannt. Auch in zweiter Instanz konnte kein einziger Zeuge behaupten, daß Nibel dem Tesche einen Fußtritt in das Gesicht verriet hätte.

Rechtsanwalt Wandmann wies darauf hin, daß Kobowald und Tesche unweifelhaft die Unwahrheit gesagt hätten, wenn sie behaupteten, sie hätten gar nichts gemacht. Es war das Recht des Polizeibeamten, die beiden Streitenden auseinander zu bringen, und es sei völlig unklar, wie man daraus folgern könne, daß Nibel partiell gehandelt habe. Er beantragte deshalb die Freisprechung des Angeklagten. Der Staatsanwalt der in erster Instanz 300 Mark Geldstrafe beantragt hatte hielt jetzt die Strafe von drei Wochen Gefängnis für angemessen, da der Angeklagte hartnäckig gelehrt und gelagt habe, die Zeugen, soweit sie dem Stahlhelm angehören, hätten unter ihrem Elde die Unwahrheit gesagt. Tatsächlich hatte der Angeklagte nicht eine einzige bezügliche Äußerung getan, sondern er hatte die Tat so geschilbert, wie sie sich zugetragen hatte, und hatte darüber hinaus sogar noch den Vorfall erzählt, daß er gezwungen gewesen sei, sein Seitengewehr zu ziehen. Das Gericht verwarf nach längerer Beratung die Beratung des Angeklagten. Es betonte, daß durch die zwölf Beistandzeugen ermittelt sei, daß sich der Angeklagte in zwei Fällen der vorläufigen Mißhandlung schuldig gemacht habe. Der Angeklagte habe offenbar die Gelegenheit benützt wollen, die Stahlhelmläute, denen er nicht besonders gewogen war, zu mißhandeln. Auch den Tritt ins Gesicht hat er nach Ansicht des Gerichts dem Tesche verabreicht. Der Angeklagte hat sich bei den Ausschreitungen im Amte befunden. Solche Ausschreitungen, wo sich Beamte zu Mißhandlungen hinreißen lassen, seien streng zu beurteilen. Polizeibeamte müssen unparteiisch sein. Darum sei die Gefängnisstrafe von drei Wochen angemessen.

Die logische Folgerung wird also die sein, daß ein Polizeibeamter keinen Stahlhelmann mehr anfassen darf, und wenn er gleich angegriffen wird.

Matronlange im Kasse.

Eine recht häßliche Tat hatte das Breslauer Schwurgericht am Sonntag abgeurteilt. Im Februar 1924 kam der 36 Jahre alte Schlosser Ferdinand Borchert als Spandau auf dem Schleppdampfer „Merkur II“ als Schiffsheizer. Er empappte sich bald als ein recht schlechter Arbeitstulle. Wiederholt wurde die Schiffsbefugung um Geldbeträge beschlagnahmt, aber auch Betrüben verurteilt. Bevor Westphal an Bord des Schiffes war, wurde nie etwas gefressen, so daß als Dieb nur dieser in Betracht kommen konnte. Am 13. August 1924, als sie an der Großschiffbrücke lagen, wurde dem Steuermann Wilhelm Borchert wieder sein halber Wochenlohn in Höhe von 15 Mark gestohlen. Nun war seine Langmut zu Ende und er beschloß, Anzeige beim Reichswasserbau zu erstatten. Bei wiederholten Auseinandersetzungen zwischen Borchert und Westphal drohte letzterer, er werde es ihm schon einflößen. Und diese Drohung setzte er am 16. August 1924 in die Tat um. Der 16. August war ein Sonntag. Alles hatte das Schiff verlassen und hatte sich am Ufer ins Gras gelegt, jedoch so, daß sie das Schiff ständig im Auge hatten. Westphal allein war auf dem Schiff geblieben. Er war bei den besprochenen Zusammenstößen ganz genau mit den Driftschiffen vertraut. Borchert vermaßt auf einem Bootschiffchen ein Stückchen mit Matronlange, das durch ein Lotenlopf-Gitter als Gift gekennzeichnet war. Das Giftmischchen gab Westphal dem Borchert eine Menge in seinen Koffer, die genaugen hätte, ihm die Schilddrüse zu verätzen. Wenn er den Koffer getrunken hätte, als Borchert ihn am Montag früh um 8 Uhr den Koffer öffnete, fiel ihm wohl auf, daß er Giftmischchen war, aber er traute sich nicht, es zu öffnen. Erst als er den Koffer öffnete, sah er die Schilddrüse wieder aus, und das war sein Gift. Die Gemüthsunternehmung ergab, daß sich in dem Koffer eine

Menge Matronlange befand, die geeignet gewesen wäre, den Borchert erheblich zu schädigen. Gegen Westphal wurde das Verbrechen wegen Verbringung von Gift in Lateinzeit mit der suchten Mord eröffnet. Während noch das Verbrechen lief, wurde Westphal am 23. Februar 1925 in Breslau wegen Diebstahls zu 7 Wochen Gefängnis verurteilt. Es handelte sich um die Diebstahls auf dem Schiff, die er auch eingekanden hatte. Außerdem war er auch im Juli 1923 wegen Diebstahls mit 3 Monaten Gefängnis bestraft worden.

Diesen Giftmordversuch bestritt er und sagt, es sei ein Nachgeft des übrigen Schiffspersonals gegen ihn, weil er politisch rechts eingestellt sei, die übrigen aber links. Für diese Behauptung ließ sich keinerlei Beweis erbringen; auch haben nie politische Auseinandersetzungen stattgefunden. Wie die Beweisaufnahme ergab, war sonst niemand auf dem Schiff, der ein Interesse daran gehabt hätte, den Borchert an seiner Gesundheit zu schädigen. Auch steht fest, daß während der Zeit der Tat kein Fremder das Schiff betreten hat.

Nach dem Sachverständigen-Gutachten war die Menge wohl geeignet, den Borchert an der Gesundheit zu schädigen, sie reichte aber nicht aus, ihn zu töten. Das Gericht nahm zu seinen Gunsten an, daß er nicht die Absicht gehabt habe, Borchert zu töten, sondern ihm nur eins auszuwichen. Das Urteil lautete auf ein Jahr vier Monate Zuchthaus und drei Jahre Ehrverlust. Da er sich längere Zeit in Untersuchungshaft befindet, wurden ihm vier Monate als verbüßt angerechnet. Der Staatsanwalt hatte 2 Jahre Gefängnis beantragt.

Damit ist die Schwurgerichtsperiode beendet.

Eisenbahner!

Betriebsvertrauensleute der SPD. und Betriebsräte, soweit sie der SPD. angehören, heute abend im Zimmer 3 (neben dem großen Saal) des Gewerkschaftshauses:

Wichtige Versammlung.

Vortrag des Chefredakteurs Genossen J. Birnbaum und Mitteilungen.

Genossen! Es ist dringend erforderlich, daß von jeder Dienststelle Vertretungen anwesend sind. Mitgliedskarte oder Buch der Partei dient als Ausweis.

Der Arbeitsausschuß sozialdemokratischer Eisenbahner.

Was schenke ich meinen Kindern zu Weihnachten?

Es ist euch, Väter und Mütter, schwerer als in anderen Jahren geworden, von eurem großen Verdienst noch einiges Geld zu sparen, womit den Kindern zu Weihnachten eine Freude gemacht werden soll. Weil es schwer erspart ist, muß das Geschenk auch nützlich und praktisch sein. Das Spielzeug muß unseren Kindern wirklich innere Freude bereiten; sie müssen selbst schöpferisch dabei gestalten können, vor allem aber muß es auf die Kinder erzieherisch einwirken. Wir wollen euch nicht mehr beraten, sondern bitten euch, heute abend 8 Uhr zu der Elternversammlung der Arbeiterkinderfreunde zu kommen, in der Genossin Simmel über obgenannte Fragen sprechen wird. Bringt noch Freunde und Bekannte mit, da die Rednerin euch vor dem Einlauf viele praktische Winke und Anregungen geben kann. Die Versammlung findet im Gewerkschaftshaus statt. Das Zimmer ist an der schwarzen Tafel ersichtlich.

Betriebsregelung

mit Oesterreich und der Tschechoslowakei.

Die Pressestelle der Reichsbahndirektion teilt mit: Am 2. und 3. Dezember wurde im Verwaltungsgedäude der Reichsbahndirektion Breslau unter deren Vorsitz als geschäftsführender Verwaltung mit Vertretern der tschechoslowakischen Staatsbahnen und der österreichischen Bundesbahnen die Neuauflage des direkten Tarifes für den Personen- und Gepäckverkehr zwischen Deutschland und Oesterreich über die Tschechoslowakei beschlossen. Es wurde die Ausgabe eines Stationsarziis mit durchgerechneten Fahrpreisen und Gepäckfrachtpreisen von der Abgangs- bis zur Bestimmungstation vereinbart. Als Tarifwährung wurde in der Richtung von Deutschland die Reichsmark und in der Richtung von Oesterreich der Schilling festgelegt. Vielfachen Wünschen entsprechend wird der Tarif eine Anzahl neuer Verbindungen zwischen Deutschland und Oesterreich vorsehen. Gleichzeitig wurde die Einführung des Expressverkehrs zwischen deutschen und österreichischen Stationen, auf denen sich Zollämter befinden, beschlossen, soweit hierfür ein Bedürfnis vorliegt. Der gesamte Tarif wird voraussichtlich am 1. Mai 1927 in Kraft treten. Nähere Auskunft erteilt bis dahin das Tarifbüro der Reichsbahndirektion Breslau.

Kerretive Beziehungen zu den Gewerkschaften

Will die Firma Fahe nun aufhören haben. Auf die Zuschrift des Verbandes des Nahrungs- und Genussmittelarbeiterverbandes, „Die Fahe-Bäcker und ihr Bäder“, in der Nummer vom 2. Dezember, warin es hieß: „Dem Bezirksleiter der Gewerkschaft wurde der Zutritt zum Betriebe von der Aktiengesellschaft Fahe verboten“, schreibt uns die Firma:

Wir haben nachforschungen gehalten und festgestellt, daß von unserer Firma nicht als angeordnet wurde, den Vertretern der Arbeiter- oder Angestellten-Gewerkschaften — ganz gleich, welcher Partei sie angehören — den Zutritt zu unseren Betrieben zu verweigern. Der frühere Betriebsleiter unserer Waffelfabrik und Bäckerei hat lediglich nach Eröffnung derselben im Juni/Juli vorigen Jahres — als der Bezirksleiter der Gewerkschaft des Deutschen Nahrungs- und Genussmittelarbeiterverbandes in der Fabrik vorsprach — Herrn Scheibitz gesagt, er möchte die Anwesenheit mit dem Herrn im Hofe abwachen. Wir möchten aber ausdrücklich betonen, daß diese Anweisung ohne unser Wissen geschehen ist, da wir niemals jemandem zumuten werden, seine Betriebsangelegenheiten im Hofe zu erledigen.

Wir wollen hoffen und annehmen, daß letzterer Grundlag künftig von allen leitenden Persönlichkeiten der Firma beachtet wird. Wo dies nicht geschehen sollte, weisen man auf diese ausdrückliche Erklärung der Firma hin.

Ringlänze im Viktorie-Theater.

Am Montag abend der Kampf Binetti-Boschiff gegen die Sobary-Banden hat Steinko und Raggelbe gegenüber. Sieger: Steinko nach 18 Minuten. Zum Schluß folgte ein Entschuldigungsantrag von Binetti und Boschiff. Der Sieger unterlag nach heftiger Gegenwehr. Im Dienstag steht unter anderem am Kampf zwischen Ruff und Binetti bevor.

* Silberhochzeit feiert heute der Möbelpater Max Braun mit seiner Ehefrau. Jahrzehnte im Verkehrsband und in der Partei, ist er ebenso treuer Anhänger des „Vorwärts“ und Leiter der „Vorkampfbund“. Unsere besten Wünsche dem Jubelpaar zu weiteren 25 Jahren.

* Bürgermeister Dr. Herschel ist aus Gesundheitsrückfällen bis Ende März beurlaubt und befindet sich in Oderschreiberbau in einem Sanatorium.

* Aus alter Treue. Der frühere Kammerer Matthes, gegen die Stimmen der Sozialdemokraten zum „Stadtschreiber von Breslau“ ernannt, hat den Breslauer Stad von den Fäden gestrichelt und ist nach Queblinburg am Harz verzogen, wo er seine Pension verzehrt.

* Die Firma Heinrich & Co., Neuschleibstraße 11/12, feierte vor kurzem das Fest ihres 15jährigen Bestehens. Aus diesem Anlaß wurden von ihr 18 arme Kinder durch Vermittlung des städtischen Wohnungsamtes von Kopf bis Füßen neu eingekleidet. Das Geschäftshaus stellt sich seit kurzer Zeit den Besuchern in neuer Form dar. Durch Umbau wurden große lustige Arbeits- und Verkaufsräume geschaffen. Im Erdgeschoß befinden sich Verkaufsräume für Kleider, Blumen und Röde im ersten Stock ebenfalls Verkaufsräume und eine Betriebswerkstatt. Im dritten und vierten Stock liegen Fabrikationsräume und Reparaturlager. Für die Firma, die zurzeit das größte Breslauer Spezial-Damenkonfektions-Detailhaus darstellt, beschäftigt insgesamt ca. 45 bis 50 Angestellte und Arbeiterinnen.

* Breslauer Volkstheater. Zu dem Lobetheater-Lanz-Gastspiel der Ernst-Matray-Gesellschaft vom Deutschen Theater in Berlin, am 8. und 9. Dezember, steht den Mitgliedern der Volkstheater eine beschränkte Anzahl von Eintrittskarten zum Einheitspreise von 2 Mark zur Verfügung. Zu der Aufführung von „Tragödie der Jugend“ im Thalia-Theater am 9. Dezember erhalten die Mitglieder der Volkstheater in der Geschäftsstelle, Albrechtstraße 32, Eintrittskarten zum Einheitspreise von 1,50 Mark.

* Schließliche Gesellschaft für Volkstudie. Die nächste Sitzung findet am Freitag, den 10. Dezember, abends 8 Uhr, im Hörsaal I der Universität statt. Auf der Tagesordnung steht ein Vortrag des Universitäts-Professors Dr. Neubert: „Grundlagen des französischen Volkstums.“ Gäste sind willkommen.

* Eisenbahn-Festverkehr. Zur Bewältigung des zu erwartenden starken Weihnachts- und Neujahrsverkehrs hat die Reichsbahndirektion Breslau in der Zeit vom 22. Dezember bis 3. Januar, außer der Verstärkung der Hauptzüge, auf den verschiedenen Strecken, wie Berlin-Weihen, Dresden-Breslau-Friedrichberg, Breslau-Hbf.-Mittelwalde, Breslau-Hbf.-Schweidnitz-Charlottenbrunn usw. eine Anzahl Vor- und Nachzüge vor-gesehen, die bei Bedarf verkehren werden. Zur Deckung des großen Bedarfs an Wagen dieser Klasse werden solche dritter Klasse durch Aufkleben von Papierchildern mit einer 4 in vierter Klasse umgewandelt.

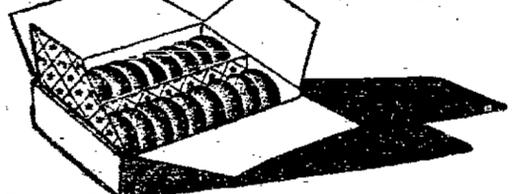
* Wohltätigkeitsvorstellung. Die am 2. Dezember zugunsten des Kindergartenvereins veranstaltete Aufführung des städtischen Kindergartenvereins-Seminars und der Sozialen Frauenschule wird auf diesseitigen Wunsch wiederholt, und zwar am Abend des 9. Dezember, 8 Uhr, in den Räumen Maltelerstraße 16. Nachmittags 4 1/2 Uhr findet dort auch für Kinder eine Aufführung statt, bei der außer der „Prinzessin auf der Erbse“ und dem Märchen vom dicken, fetten Fanneltuch noch ein echtes Kinderlied, „Das Märchen von der Frau Holle“, von den Kinderpfliegerinnen gespielt wird. Eintrittskarten 50 Pf. (Kinder) und 1 Mark. Kartenverkauf im Seminar, Maltelerstraße 16.

* Die Volksberatungsstelle im Rathaus, eine Treppe (Ratszimmer), hat im November in 2232 Fällen Auskunft erteilt. Die Auskünfte betrafen folgende Gebiete: städtische Angelegenheiten verschiedener Art 519, Arbeiterversicherung 93, Angestelltenversicherung 11, Arbeits- und Dienstvertrag 82, bürgerliches Recht 1274, Gemeinde- und Staatsangelegenheiten 108, Strafrecht 181, Privatversicherung 12, Handels- und Gewerbsachen 14, Verchiedenes 8. Außerdem wurden 71 Schriftsätze angefertigt und in 81 Fällen Auskunft auf fernmündliche Anfrage erteilt. Die Volksberatungsstelle ist werktäglich von 8 bis 2 Uhr geöffnet.

* Der Wandolin- und Gitarrenverein „Heimatklänge“ feierte am 27. November im Gewerkschaftshaus sein Herbstvergnügen, verbunden mit Konzert. Es wurde im ganzen sehr gut musiziert. Dirigent Landruchtlinger waltete ausgezeichnet seines Amtes. Von tiefer innerer Wirkung wurde die Verelen-Paraphrase empfunden. In „Romaneska“ wurde das Allegretto mit einem Allegro vertauscht, was ein Fehler war. Auch kleine technische Fehler, verspätetes Einlehen und Stimmen während des Spiels, zeigten Taktlosigkeit gegenüber dem Leiter und den Zuhörern. Die Zuhörer empfanden sich durch wohl-gemeinten Beifall eine Zugabe. Ein Festball beschloß den Abend.

* Die Feuerwehr wurde am 4. Dezember, nachmittags 4 1/2 Uhr, nach Schanhorststraße 6 gerufen. In einem als Büro eingerichteten Kellerraum war eine größere Menge Kleinholz hinter dem geheizten Ofen in Brand geraten. Das Feuer konnte mit der Eimerspritze gelöscht werden. Mittags 1 Uhr erfolgte ein Alarm nach Berliner Straße 5, es handelte sich aber nur um zerdrückten Rauch. Abends gegen 7 1/2 Uhr mußte die Feuerwehr nach Frankfurter Straße 151 ausrücken. Durch ursachgemäße Aufstellung eines eisernen Ofens war in einer Wohnkammer die Balkenlage und ein Teil des Daches vom Feuer ergriffen worden. Der Brand konnte mit der Eimerspritze abgelöscht werden. Gestern abend, kurz vor 7 Uhr, war Schießwerderstraße 45 durch das Fehlen eines Platers über einer Gaslampe im Treppenhause die Decke zur Entzündung gekommen. Kennenswerter Schaden ist nicht entstanden. Abends, kurz vor 11 Uhr, mußte die Feuerwehr nach Neue Weltgasse 18 ausrücken. In einer im ersten Stock gelegenen Wohnkammer war eine Bettstelle mit Matratze und Betten auf unermittelte Weise in Brand geraten.

Laxin



das ideale Abführmittel
macht zarten reinen Teint. Denn gute
Verdauung schafft zarten reinen Teint.
Also nehmen Sie regelmäßig ein
LAXIN-KONZEKT

Schöne, billige Spielwaren

Für die Kleinsten

- Klappern St. 85, 45,-
- Werpuppen St. 1.95, 95, 50, 25,-
- Schleierchen u. Landgüter St. 75, 45,-
- Pyramiden - Kubusse St. 95, 45, 35,-
- Glockenröhrer St. 95, 75, 45,-
- Weich gestopfte Tiere St. 1.45, 95, 85, 45,-
- Gummipuppen und Tiere St. 1.55, 1.20, 95,-
- Drehdosen St. 1.45, 85, 65,-
- Rädertiere in reichhaltiger Auswahl in versch. Preislagen!

Für Mädchen

- Küchenmöbel, eine Stücke St. 1.65 - 45,-
- Ahorn - Küchenmöbel Karton, Garn. 7 teilig St. 9.85, 3.45
- Staubmöbel einzeln St. 1.05 bis 45,-
- Puppenküchen mit u. ohne Einrichtung St. 7.95 bis 95,-
- Badedegarnituren mit Stand St. 1.95, 95, 65,-
- Weißlack. Wiegeln u. Bettchen St. 1.25
- Aluminium - Kochgeschirre im Karton St. 1.95, 1.45, 95, 55,-
- Gelb. Puppenrumpfe aus Stoff mit u. echt Leder St. 2.85 bis 1.45, 95, 65, 45,-
- Zellul. - Puppenköpfe mit und ohne Haar St. 55, 75, 85, 25,-

Große Auswahl in Puppenwagen zu besonders billigen Preisen

Für Knaben

- Trommeln St. 65, 55, 45, 35,-
- Elastolin-Soldaten fast unzerbrechlich. Kart. 2.75, 2.25, 1.65, 1.25
- Soldatenhelme, Lätze, Garnituren Stück 1.35, 95, 75,-
- Mechanische Figuren zum Aufziehen St. 1.95, 1.25, 95, 65,-
- Musikharmonikas Stück 55, 45, 10,-
- Kegelspiele in versch. Ausführungen St. 1.45, 95, 65, 45,-
- Holzbrücken St. 1.25, 65, 45, 35,-
- Druckereien St. 3.95, 2.95, 1.95, 95,-
- Blechboote zum Aufziehen. Stück 2.45, 1.95, 1.25, 95,-
- Geschirr- und Reit-Holzperle. St. 8.95 bis 1.25, 95, 65, 45,-
- Pferdeställe in versch. schön. Ausf. St. 15.50 - 1.85, 95,-
- Autos mit Uhrwerk Stück 8.95 - 1.45, 95, 75, 45,-

Eisenbahnteile

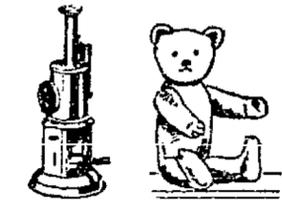
- Tangels St. 2.95, 95, 75,-
- Bahnhöfe St. 3.95, 2.45, 1.95
- Brücken Stück 2.95, 1.95
- Signaltafeln St. 8.95, 1.85, 95,-

- Flieger- u. Aeroplane St. 2.95, 1.25, 95,-
- Glückräder in versch. Größen St. 8.95 - 3.85, 2.95
- Selbstfahrer St. 15.50, 11.95
- Rodelschlitten 7.50, 6.50

In der Foto-Abteilung billige gelassener Postkarten!



Wiesenerpferde in fester, solider Ausführung, zum Fahren u. Schaukeln, aus La Plüsch. St. 84.50 - 19.90, 17.50 aus Fell St. 76.00 - 85.50, 82.50

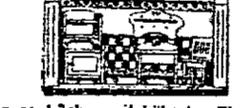


Dampfmaschinen hoch und liegend St. 1.56, 8.85, 3.95

Teddybären mit Stimme, Stück 2.00 bis 8.85, 4.95, 2.95



Rot lackiertes Holzauto zum Kippen Stück 1.95



Puppenküchen mit hübscher Einricht. Stück 2.45



Kanülen in verschiedenen, schönen Ausführung. St. 18.90 - 1.65, 95,-



Autos mit gutem Uhrwerk in versch. Ausführungen Stück 75,-



Käse- u. Puppen schön gekleidet, fast unzerbrechlich, mit Stimme. St. 3.45



Kaffeenservice aus Blech, Aluminium und Porzellan. Stück 4.55 - 75,-



Stückkästen und Puppenausstatt. St. 1.45 - 95, 75,-



Geschirr- u. Reit-Holzperle Stück 85, 65, 45,-



Rollwagen mit Pferd Stück 17.50 - 2.65, 1.95, 1.45, 95,-



Gesellschaftsspiele etc.

- Quartettspiele in großer Ausw. Stück 1.65, 95,-
- Domino in versch. Ausführungen Stück 95, 75, 45, 25,-
- Tivvalla Stück 95, 75, 45,-
- Roulette Stück 2.05, 1.45
- Schachspiele u. Brett. Stück 4.50, 75, 45,-
- Zelchentafeln Stück 95, 65, 45,-
- Mosaikspiele Stück 1.45, 95, 45,-
- Kinderpost Stück 1.95, 95, 75,-

Sehr große Auswahl in Christbaum-schmuck

- Glasskugeln, Sterne, Splitzer, Lametta, Karten etc. zu besond. billig. Preisen

- Schiffaergeräthe Stück 1.45, 95,-
- Fußballspiele St. 45,-
- Bilderlotto St. 45,-
- Telegspiele St. 45,-
- Italienische Reise Stück 45,-
- Taucherspiel Stück 45,-
- Rodelspiel St. 45,-
- Flug durch die Welt Stück 95,-
- Affenspiel St. 95,-
- Naßackererspiel Stück 95,-
- Eisenbahnspiel Stück 95,-
- Autorennen Stück 1.95
- Großstadtverkehr Stück 1.95

Rollende Puppenkleidch. Anzüge, Tragkleidch., Hemdchen, Mäntelchen, Mädchen in riesiger Auswahl zu billigen Preisen.

- Leiterspiel Stück 1.95
- Wettrennen St. 1.95
- Gänsepiel St. 1.95
- Reims Stück 1.95, 1.45, 95,-
- Rechenmaschinen St. 1.45, 95, 65, 45, 35,-
- Fröhelsche Flecht- u. Stickerbeit. i. Kart. Stück 3.95, 95, 45,-

In unserer Puppenklinik werden sämtl. Puppenreparat. schnell, gut und billig ausgeführt.

Musik-Sachen

- Mandolinen St. 2.95, 1.75, 95,-
- Zithern St. 2.95, 2.45, 2.15, 1.45
- Geigen St. 2.95, 2.45, 1.45, 95,-
- Pfeifen St. 2.45, 1.45, 1.35, 95,-
- Hagen Stück 55, 25, 10,-
- Zieh-Harmonikas St. 2.95, 1.95, 95, 75,-

Märchen- und Bilderbücher

für jedes Alter in reichhaltiger Auswahl!

Im Erfrischungsraum billige Speisen und Getränke

Stadttheater
Dienstag, 8 Uhr:
„Othello“
Mittwoch, 8 Uhr:
8. Wonn.-Vorstellung
„Das Rheingold“
Donnerstag, 8 Uhr:
Théâtre paré
„La Traviata“

Schauspielhaus.
Operettenbühne.
Tel. Stephan 36300.
Täglich 8 Uhr
Die große Ausstattungsoperette
„Die Zirkus-Prinzessin“
Mittwoch 8 Uhr
Zum 25. Male

„Die Zirkus-Prinzessin“
Mittwoch 8 Uhr
Zum 25. Male
Sonntag nachmittags 3 Uhr
In neuer Vorbereitung
„Die Söfster-Geißel“

Victoria-Theater
Theater - 8 1/2 Uhr
Heute ringen:
Barotly gegen Thompson
Pinsatky gegen Kunst
Lindmayer/Wildmann
Entscheidungskampf:
Steinke gegen Willing.
Vorher: Nasser Variet-Teil.
Preise 50 Pf. bis 3 Mk.

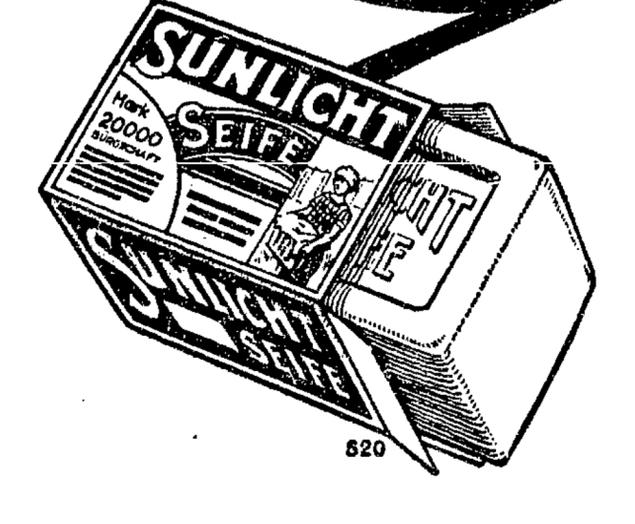
Lobe-Theater
Tel. Ring 6774
Dienstag, abds. 8 Uhr:
Hamlet
Bring von Dänemark
Mittwoch, Donnerstag
abends 8 Uhr:
Gastspiel der
Ernst Matray-
Pantomimen-
Gesellschaft.

Thalia-Theater
Tel. Ring 6700
Dienstag, Mittwoch,
abends 8 Uhr:
„Hose Bernd“

Liebich-Theater
Telefon: Stephan 34646
Täglich 8 Uhr:
Zauberschau Kassner
und das große
Varieté-Programm.
Billige Eintrittspreise
von 50 Pf. an.
Jeden Sonn- u. Feiertag
nachmittags 3 1/2 Uhr
Familien- und
Kinder-Vorstellung.
Das volle Programm zu
ermäßigten Preisen
Vorverkauf ununterbrochen
Theaterkasse u. Verkehrs-
büro Barasch 1-799.

Weihevoll elegante
**Frad- u. Rad-
Umsätze**
Herm. Mohaupt
Raststraße 1, Tel. J. 1301
rüber Albrechtstraße.

Durch ihre Leistungen
beweist Sunlicht Seife ihren hohen
Wert. Kurzer Waschtage, vollkommenste
Schonung der Wäsche, Ersparnis an
Kohlen und Zutaten. Kein hartes
Reiben!
Der neue große Würfel 40 Pfg.
Das Doppelstück 45 Pfg.



Eltern, hütet Euro Tochter!
Junge Mädchen und Frauen, gebt acht!
Internationale Mädchenhändler an der Arbeit! 3000 Mädchen und Frauen in einem Jahre verschwunden!
Pol.-Oberst Carlight-New-York mit seinen 4000 Beamten im Kampfe
gegen die internationale Verbrecher-Sippe in dem grandiosen Film
Der Mädchenhändler von New-York
Noch niemals ist ähnliches in solcher Vollkommenheit vor Augen geführt worden.
Ferner: Das entzückende Lustspiel
mit Lilian Harvey **Prinzessin Trulala** 7183
Lichtbildbühne Ost, Taubentzenstr. 177 Beginn 4 1/2 Uhr nachmittags.
Dienstag - Donnerstag.

Wollfarge
Wtr. 90 Wt. b. 3.00 Wtr., Ättel
Wtr. 48-50 Wt., Weinwand
Wtr. 35 Wt. b. 1.20 Wtr., Garn
1000 Wtr. 30-70 Wt., Helb-
garn 20 Gramm 10 Wt.,
Schmürletel 100 Paar 2.00 Wt.,
4.00 Wtr., Hermetutter Wtr.
55 Wt. b. 1.40 Wtr., Senden-
tuch Wtr. 45-80 Wt., Watten-
tuch Wtr. 2 Wtr.
Detail und Engros
Bertold Lippert
Heinrichstraße 16
Hilfste: Oberstraße 17.

Direkt aus der Fabrik
ohne jeden Zwischenhandel liefern wir
Meisterwerke der deutschen Destillier-
kunst in untenbezeichneten 5 Geschäften
Breslauer 35° Ltr. 2¹⁰
Weinbrand-Verschnitt 2.80
Weinbrand 5.-, 4.-, 3.50
aus französischen Weinen
Jamaika-Rum-Verschn. 2⁹⁰
5.-, 4.-, 3.50,
Liköre per Liter 3⁰⁰ Mark
Stonsdorfer, Rosen, Ingwer, Kümmel,
Pfefferminz, Kirsche, Bergamotte usw.
Edel-Liköre per Liter 3⁶⁰
Bunt- und Goldorange, Sherry-Brandy
Goldwasser, Prunelle, Caracao, Allasch
Kakao, Abtei (Benediktiner) usw.
96° Monopol-Alkohol 4.70
Dampf-Bestillwerk
Herzberg & Co.
Fabrik Höfchenstraße 48,
Blücherplatz 20 Michaelisstraße 3,
Klosterstraße 64, Leuthenstraße 10.

Buchhdlg. Volkswacht
Moderne Antiquariat
Krestad 3 Neue Graupenstraße 5
David: Referentenfürer.
Eine Anleitung für sozialistische Redner
Preis nur 50 Pf., auswärts 10 Pf. Porto
Volkswacht-Buchhandlung (Modernes Antiquariat)
Breslau 111, Neue Graupenstr. 5.

Blauband
FEINKOSTMARGARINE
frisch gekürrt
SIE
PAREN
1/2 Pfd. 50 Pf.

Arbeitsmarkt
Gewandte Baderinnen
die in großen Baren- oder Kuchenhäusern im Hof
täglich tätig waren, auswärts bis 24. Dezember
gehehrt. Persönliche Verhandlungen im Personal-
büreau, 2. Etol. 4519
Leinenhaus Bleschowsky
Nikolaistraße 74-76.

Berücksichtigt unsere Inferenten!

An die Deutsche Beamtenschaft!

Nicht nur die Fragen der Arbeitszeit, des Lohnes und der Beförderung so stark als Lebensfragen des gesamten Volkes in Betrachtung zu treten wie in unseren Tagen. Ohne Hebung der Kraft der Massen, ohne Reform der Arbeitszeit kein wirklicher und kultureller Aufstieg. Die Kolonnen der Arbeiter, Arbeiterinnen und Beamten müssen daher mehr als bisher in enger Front miteinander marschieren. Zur Stärkung der Einheitsfront der Arbeitnehmer, vor allem durch die Beamtenschaft, haben wir der Allgemeine Deutsche Beamtenschaft, der Allgemeinen Gewerkschaftsbund und der Afa-Bund folgenden, vom 1. Dezember datierten, Aufruf an die Beamten gerichtet:

An die Deutsche Beamtenschaft!

Die soziale Ringen der Besitzenden und der Besitzlosen hat in den letzten Monaten außerordentlich verschärft. Immer deutlicher zeigt sich, daß alle aus dem Kriege entstandenen Lasten die breiten Schichten der Beamten, Angestellten, Arbeiter und sonstigen werktätigen Kreise unseres Volkes abgewälzt werden sollen.

Die Rationalisierung der Betriebe ist begleitet von Lohnsenkung und Verlängerung der Arbeitszeit; sie hat nicht etwa zur Erhöhung der Preise, sondern lediglich zur Erhöhung der Gewinnoten der Unternehmungen geführt.

Die Hebung der sozialen Lage der Beamten, Angestellten und Arbeiter wird in dieser Zeit mehr denn je davon abhängig sein, daß die drei großen Gruppen der Arbeitnehmer ihre gemeinsamen Konsumenteninteressen erkennen und in geschlossener Front eine Forderung der deutschen Wirtschaftspolitik eintreten. Die Rationalisierung der Industrie und die damit verbundene gesteigerte Produktion darf nicht zur Verankerung einzelner Kapitalisten führen, sondern sie muß eine sichtbare Preissteigerung, eine Steigerung des Absatzes und damit auch die Vereingliederung von Arbeitslosen in die Betriebe zur Folge haben.

Auch für die Reichs-, Staats- und Gemeindebeamten kann es nur darauf ankommen, ihre Nominalgehälter zu erhöhen,

auch sie bedürfen in erster Linie einer Hebung ihrer Kaufkraft. Bei der Überwindung der europäischen Wirtschaftskrise geht es darum, Produktionskraft und Absatzmöglichkeit wieder in Einklang miteinander zu bringen.

Hier läßt sich die allgemeine Lohnfrage der Arbeiter und Angestellten nicht trennen von dem Beförderungproblem der Beamten. Niedrighaltung der Löhne und Gehälter, Verlängerung der Arbeitszeit, sozialer Druck in den Privatbetrieben lösen auch für die Beamtenschaft dieselben unsozialen Wirkungen aus. Massenarbeitslosigkeit und Personalabbau stehen in unmittelbarer Wechselwirkung.

Eine erfolgreiche gewerkschaftliche Bewegung der Beamten hat deshalb zur Voraussetzung, daß sie befähigt ist, sich gemeinsam mit den organisierten Arbeitern und Angestellten den großkapitalistischen Ruknicken unserer heutigen sozialen Not entgegenzustellen.

Die Einheitsfront der Arbeiter, Angestellten und Beamten kann verhindern, daß der Staat ein einseitiges Machtinstrument in den Händen der Industriellen und Großgrundbesitzer wird. Sie sichert die deutsche Republik, in der allein ein freies berufsbearbeitendes Gewerbe gedeihen kann. Sie erstreckt eine Wirtschaft, in der das gemeinwirtschaftliche Interesse stets den Profitinteressen des einzelnen vorangeht.

Darum, Beamte, fort mit allen Vorurteilen: Hinein in die freie Beamtengewerkschaftsbewegung! Arbeitet mit an dem wirtschaftlichen und kulturellen Aufstieg unseres Volkes!

Berlin, den 1. Dezember 1926.

- Allgemeiner Deutscher Beamtenschaftsbund: Falkenberg, Kohur.
- Allgemeiner freier Angestelltenbund: Kufhäuser, Stähr, Urban.
- Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund: Leipart.

Die Frankfurter Arbeitgeberverbände gegen den Überstundenunflug.

Das Kartell der Arbeitgeberverbände zu Frankfurt a. M. wendet sich in einem Rundschreiben gegen die übliche Überstundenunwesen bei der Beschäftigung von Angestellten. Nachdrücklich wird in dem Rundschreiben betont, es sei mit den heutigen Verhältnissen nicht in Einklang zu bringen, Angestellte zu entlassen, obgleich für diese noch ordnungsmäßige Beschäftigung vorhanden ist. Auch im Falle der tarifvertraglichen Bestimmungen sollen — so verordnet das Rundschreiben — Überstunden nur dann angeordnet werden, wenn besondere Umstände die Maßregel rechtfertigen und die Neueinstellung von Angestellten nicht möglich ist. Das Rundschreiben warnt davor, durch vorzeitige Entlassung von Angestellten Überstunden zur Regel werden zu lassen und fährt dann fort: „Oberste Pflicht jedes Arbeitgebers und namens sich der gegenwärtigen Verhältnisse muß es sein, wenn Arbeit vorhanden ist, die hierzu normalerweise notwendige Anzahl von Angestellten zu beschäftigen.“

Wird der Appell des Frankfurter Kartells der Arbeitgeberverbände bei dem vernünftigen Teil der Arbeiterschaft im Widerhall finden? Vielleicht löst das Frankfurter Schreiben auch sonst noch einigen Leuten im Arbeitgeberlager, die das sozialpolitische Verantwortungsgefühl haben, etwas die Frage. Wird im Kampf gegen das Überstundenunwesen endlich Durchbruch der Vernunft folgen? Es wäre Sache der Reichsregierung, an symptomatischen Aufstellungen, wie dem Appell des Frankfurter Arbeitgeberkartells, nicht achlos vorüberzugehen, sondern endlich für die Schaffung des Notgesetzes etwas mehr Initiative zu entwickeln.

Überall Protest gegen Arbeitszeitüberschreitungen.

Die Vertrauensleute des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Essen nahen am Sonntag in einer stark besuchten Versammlung zur Arbeitszeitfrage Stellung. Die Verhandlungen der einzelnen Verbände brachten das Überstundenunwesen und Überbeschäftigungswesen reichhaltiges Material vor. In einer einstimmig gefaßten Entschließung fordert der Bezirksverband der DGB, die Wiedereinführung der Achtstundentages für die Hochöfen-, Thomas- und Martinwerkarbeiter sowie auch für sämtliche Arbeiter der Walzwerke, Röhrenwerke und in ähnlichen, ferner die Festlegung der dreizehnteiligen Schicht in den Bergbau- und Nebengewinnungsbetrieben des Bergbaues sowie der chemischen Industrie.

Die Entschließung wendet sich dann gegen die überhandnehmenden Versuche der Arbeitgeberkreise, mit offenen und verdeckten Mitteln und unter Mißbrauch der Rottlage auf dem Arbeitsmarkt, tarifliche Vereinbarungen zu mißbrauchen und bestehende Gesetzesvorschriften zu umgehen. Insbesondere wird die Forderung eingeleitet gegen die systematischen Versuche, die Rationalisierung der Wirtschaft im Kampf gegen tarifliche und gewerkschaftliche Bindungen Arbeitszeitüberschreitungen dauernd zu verankern. Der Entwurf des Arbeitszeitgesetzes zum 1. Januar 1927 ist so heißt es weiter — würde zahlreiche Möglichkeiten behördlich-einseitigen Eingreifens in die Arbeitszeitfrage schaffen und den Grundgedanken des Achtstundentages auf dem Verhandlungswege durchbrechen lassen. Mehrarbeit hat lediglich Gegenstand tariflicher Vereinbarungen zwischen tariffähigen Verhandlungen von Arbeitnehmern und Arbeitgebern zu sein. Mit einem Appell an die Gewerkschaftsbehörden, Kraft der Einhaltung der Arbeitszeit- und Sonntagsruhe-Bestimmungen zu dringen, schließt die bedeutsame Essener Kundgebung.

Christliche Gewerkschaften und Achtstundentag.

Wiesbaden, 6. Dezember. Der ehemalige preussische Ministerpräsident Stegerwald hielt auf einer Kundgebung des Hessischen und nassauischen Gau des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Wiesbaden eine Rede über die Stellung der christlich-nationalen Gewerkschaften. Er definierte das Verhältnis zu der Sozialdemokratie dahin, daß es zwischen ihr und ihm keinen Unterschied in der Richtung, sondern nur einen solchen im Tempo der Vorwärtsbewegung gebe. Schärfer aber müsse der Klassenkampf abgeleitet werden. Stegerwald sah sich dann mit der Behauptung ab, Silberbergs auseinander, daß er sich mehr nach links orientiert habe und führte weiter aus: Die große Forderung des 20. Jahrhunderts sei, daß die Menschheit mehr mit Heimat, Volk und Geist verbunden werde. Gegenüber den klassenpolitischen Bestrebungen der Sozialdemo-

kratie müsse der Gedanke der Vergemeinschaftung wieder gefördert werden. Der Masse sei ein planmäßiger organischer Einfluß in die Wirtschaft zu ermöglichen, wodurch ihr Verantwortungsgefühl dem Staate gegenüber gestärkt werde.

Stegerwald fordert zum Schluß die Schaffung von Arbeitnehmerbanken, wodurch die Macht der Arbeiterschaft wesentlich gestärkt werden könne. In einer Resolution wurde die sofortige Wiederherstellung des Achtstundentages und die strenge Bestrafung jeder nicht dringend notwendigen Mehrarbeit gefordert.

Der Tarifkonflikt im Textilgroßhandel beigelegt.

Der Schlichter für Groß-Berlin hat in dem Tarifkonflikt des Berliner Textilgroßhandels dem Antrag der Angestelltenorganisation auf Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruchs zugestimmt und diesen für verbindlich erklärt.

Der Lohnstreit in der rheinisch-westfälischen Textilindustrie.

In der gesamten rheinisch-westfälischen Textilindustrie steht die Arbeiterschaft im Kampfe um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen. Im rechtsrheinischen Tarifgebiet ist von den Arbeitnehmern der Lohnstreit zum 21. Dezember gefündigt worden. Die Arbeitgeber haben daraufhin zum gleichen Termin den Lohnstreit gefündigt. Im Kreis der Textilindustrie hat hier eine von den Arbeitgebern angebotene dreiprozentige Lohnsteigerung als ungenügend abgelehnt. Auch im Runkel-Gladbacher Bezirk ist es bereits zu Kündigungen gekommen.

Lohnbewegung der Wasserbauarbeiter.

Auf Grund des neuen, vom 25. Mai 1926 ab geltenden Lohnvertrages für die Arbeiter der Reichswasserstraßenverwaltung und der Preussischen Wasserbauverwaltungen sind über eine Neuregelung der Löhne Verhandlungen notwendig die in den nächsten Tagen stattfinden sollen. Aus diesem Grunde haben sich die am Lohnvertragsvertrag für Wasserbauarbeiter (L. W. B.) beteiligten freien Gewerkschaften der Räumigung der Lohnstreit, die für andere Reichs- und Staatsverträge erfolgt sind nicht angeschlossen. Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat im Auftrag der übrigen freien Gewerkschaften an den Reichsverkehrsminister den Antrag gestellt, den Wasserbauarbeitern, soweit sie länger als 6 Monate im Dienst der Verwaltung stehen eine einmalige Zulage in Höhe von 75 Reichsmark, und soweit sie 3 bis 6 Monate beschäftigt sind, eine einmalige Zulage in Höhe von 50 Reichsmark gewährt zu werden. Die Notwendigkeit dieser Zulage ist ohne weiteres durch die wirtschaftlichen Verhältnisse und im besonderen durch die für Reichsarbeiter besonders niedrigen Löhne begründet.

Taylor, Ford und die Rationalisierung der deutschen Wirtschaft.

In einer im Restaurant Schlachthofbörse abgehaltenen Versammlung des Deutschen Werkmeisterverbandes, Geschäftsstelle Breslau sprach darüber am Montagabend der Führer dieser Organisation, Verbandsvorsitzender Buschmann aus Düsseldorf vor einer den Saal völlig füllenden Zuhörerschaft.

Herr Buschmann führte im wesentlichen aus: Bei der Erörterung des Themas über Rationalisierung der deutschen Wirtschaft spielen soziale und produktionspolitische Fragen eine große Rolle. Taylor und Ford sind Schlagworte, die, wenn sie in Verbindung mit der Rationalisierung der deutschen Wirtschaft verwendet werden, manchen zu falschen Vorstellungen kommen lassen. Taylors Methoden sind teils durch Bücher, teils durch das nach dem Kriege notwendig gewordene Ausmaßhalten deutscher Wirtschaft über die Arbeitsweise in anderen Ländern bekannt geworden. Seine Methoden sind dreifacher Art und beruhen: 1. in der Arbeitszerlegung, 2. im Ausleseprinzip, 3. in der Verbindung mit der Eignungsprüfung und 4. in der Weiterbildung der ausgelesenen Arbeiter. Seine Betriebsführung beginnt also mit dem Ausprobieren der Arbeitskraft und der Arbeitsweise; sie bedeutet die wissenschaftliche Durchdringung des Betriebes, die vom Büro ausgeht. Gewiß sind die physischen und psychischen Voraussetzungen nicht bei jedem Menschen gleich. Und wenn Taylor dadurch, daß er das, was die Maschine tut, auf den Menschen anzuwenden sucht (d. h. das mechanische Prinzip der rationalen Arbeitsweise der Maschine auf den Menschen zu übertragen), Vorteile erreicht hat, so hat sich doch herausgestellt, daß diese wissenschaftliche Durchdringung sich auf zwei Drittel des Arbeitstages vermindert. Ferner ist die

Produktion von Arbeit abhängig, d. h. es kann nicht produziert werden, wenn kein Absatzgebiet vorhanden ist. Was Taylor in Amerika veranlaßt, ist in Deutschland kaum möglich. Daher stehen die deutschen Arbeitgeber diesem System eher skeptisch gegenüber.

Fords Methode geht jedoch nicht vom Büro, sondern von den Betrieben aus, was gegenüber der Taylor'schen Methode große Vorteile hat. Fords Betriebsführung beruht auf möglicher Verkürzung des Arbeitsweges. Jeder Schritt des Arbeiters kostet Geld. Die Stellung von Hilfsmitteln, Hilfsarbeiten das Heranbringen des Werkzeuges und Arbeitsutensils an die Arbeitsstelle, mit einem Wort, das gleitende Band an der Arbeitsstätte haben Ford so reich gemacht. Es ist gleichzeitig der Zeitmeister für den Arbeiter und den Arbeitgeber. Der Redner betonte, obwohl es notwendig wäre, daß auch in Deutschland die Betriebe so überflüssig wie möglich gestaltet würden, so läßt sich das gleitende Band erfahrungsgemäß in Deutschland so gut wie gar nicht anwenden. Denn diese Präzisionsarbeit ist nur für ganz bestimmte Artikel möglich. Es gehört Gebrauchsgüter, Abwärmstoffe und Geschmack dazu. Die Abwärmstoffe der Ford'schen Autos gegenüber dem deutschen Automobil in diesem Jahre zeigt schon, daß diese typischer und unisolierte Arbeit bei uns nicht möglich ist, zumal die deutsche Kaufkraft gesunken ist und fast ein Zehntel der Deutschen von wirtschaftlichen Mitteln leben. Fords Methoden sind Preisherabsetzung und Lohnerhöhung.

Zur Rationalisierung der Wirtschaft bedarf es der Freiheit in produktions- und preispolitischer Beziehung. Unsere Kartelle wollen aber nicht nur den Markt, sondern auch den Preis beherrschen. Gemäß einem Ausspruch Rathenaus ist Wirtschaft nicht Sache eines Einzelnen, sondern der Allgemeinheit. Wirtschaft muß Sache des gesamten Volksganges sein. Der heute noch herrschende private wirtschaftliche Eigenwitz entspricht dem Mangel an Verantwortung. Die Qualität des Unternehmertums ist heute nicht mehr wie früher. Es gilt die Voraussetzungen für eine bessere Wirtschaftsorganisation zu schaffen! Dies muß auf europäischer Basis geschehen, denn die Völker Europas bilden eine Schicksalsgemeinschaft. Auch politisch müssen die Voraussetzungen hierfür geschaffen werden. Verteidigung der Völker ist unbedingtes Erfordernis. Das Kartellwesen wird als wirtschaftlich gebrandmarkt, ebenso die Trusts. Wesentliche Kontrolle der Betriebe ist zu fordern.

Zur Anhebung der Wirtschaft bedarf es keiner Zölle und Subventionen staatlicherseits an einzelne Werke, bedarf es keines Abbaues der Arbeiter und des technischen Personals bis zur fast menschenwürdigen Fabrik und keiner Heberziehung des technischen Betriebes mit leitenden Stellen bis zur dreifachen Höhe des Friedensstandes, sondern der Erweiterung des Absatzmarktes.

Die Kaufkraft der gesamten europäischen Bevölkerung ist schwach. Deshalb ist die Hebung der Kaufkraft ein internationales Gebot, das zu regeln ist Sache des Völkerverbandes. Einseitige Wirtschaftler der verschiedenen Länder setzen sich ja auch bereits zusammen, um auf dieser Grundlage zum Ziele zu kommen. Zölle erweitern die Zahl der Arbeitslosen. Dadurch werden den Betrieben viele erfahrene Kräfte geraubt, was durch die 1.000 arbeitslosen Werkmeister bewiesen wird. Den wissenschaftlichen Betrieb dem technischen voranzustellen ist bürokratisch. Soll der Betrieb gedeihen, dann muß die Wissenschaft mit dem Praktischen verbunden werden und das Wort muß Verständnis für den Menschen haben, was auch in sozialpolitischer Hinsicht erforderlich ist.

Die Ausführungen des Referenten bedarf es nicht, daß wir von uns vertretenen Forderungen. Es zeigt dies entschieden von großer wirtschaftlicher Benutzung, die leider bei gewissen anderen Organisationen wenig oder gar nicht anzutreffen ist.

Die deutschen Werkmeister werden aufgefordert, sich für all diese Vorschläge und Anregungen in der Praxis einzusetzen, damit es wieder aufwärts und vorwärts mit der Wirtschaft gehe. Der Vortrag wurde sehr beifällig aufgenommen.

Wirtschaft.

Internationale Kartelle und Schutzölle.

Für den ersten Augenblick könnten es scheinen, als ob internationale Kartelle die Schutzölle auf Waren die Gegenstand der Kartellierung sind, überflüssig machten. „Kein jährlich betrachte!“ — so schreibt Professor Wiedenfeld im „Deutschen Volkswirt“ — „Lana kein Zweifel sein, daß ein Schutzölle auf internationalen Kartelle Waren in den Produktionsländern vollends keinen Sinn verliert. Die Kartelle selbst und auch die Einzelproduzenten jedes Landes, denen der internationale Wettbewerb ferngehalten wird, bekommen dadurch Macht genug, die Preise des inneren Marktes in Einklang mit ihren Produktionskosten zu halten (anderes Stadium der Preise bis zur Grenze der Verbrauchsfähigkeit zu erhöhen. D. Red.) Wozu also noch ein Schutzölle?“ Indessen denkt die Schwerindustrie nicht im entferntesten daran, in den Abbau ihrer Schutzölle einzuwilligen. Wie Otto Bauer auf dem jüngst in Venz abgehaltenen Kartelltag der österreichischen Sozialdemokratie dargelegt hat, ist es eine törichte Hoffnung, zu glauben, daß die Karte Lenzen zur Bildung internationaler Kartelle innerhalb des Kapitalismus die nationalstaatlichen Tendenzen zur Schutzölle abzuweichen wird. Ganz im Gegenteil, sagte Otto Bauer, die Schutzölle werden nicht schwächer, sondern stärker werden dadurch, daß der Schutzölle eine neue Funktion bekommen hat, die Funktion, ein Kampfmittel zu sein für die Durchsetzung einer höheren internationalen Quote für das internationale Kartell. Auch in den jüngsten Tagen hat diese Behauptung in einem Falle ihre Bestätigung erfahren. Kürzlich wurde in England ein riesiger chemischer Trust gegründet, der große und mit riesigen Gewinnen arbeitende Konzerne in sich aufgenommen hat. Unter diesen befand sich auch der Farbkonzerne genommene ICI. Ein Unternehmen, das mit finanzieller Initiative während des Krieges gegründet wurde, aber seit Jahren mit Verlust gearbeitet hat. Man war zunächst verwundert, weshalb dieser Verlustbetrieb in den Trust aufgenommen wurde. Die Lösung des Rätsels besteht darin, daß der neue Trust die Absicht hat, Verhandlungen zur Schaffung eines internationalen Kartells für die chemische Industrie, besonders zur Einbeziehung der deutschen Farbkonzerne, in die Wege zu leiten. In England sind aber nur die von dem erwähnten Konzern hergestellten Farben ausgenommen. Deshalb erschien es den Gründern des englischen chemischen Trusts rasch, auch diesen Konzern aufzunehmen, um dessen Zolleinkünfte bei den Verhandlungen über die Quoten ausnutzen zu können.

Neuer Vizepräsident des Reichsbankdirektoriums.

Zum Nachfolger des infolge Erreichens der Altersgrenze auscheidenden Vizepräsidenten des Reichsbankdirektoriums, Geheimen Oberfinanzrates Kaufmann, wurde das Direktoriumsmitglied Reichsbankdirektor Drehschmidt ernannt.

Steigerung der deutschen Stahlproduktion.

Der Verein Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller gibt die Erzeugung der deutschen Walzwerke für den Monat Oktober mit 950 555 Tonnen an. Das bedeutet gegenüber dem Monat September eine Steigerung um rund 30 000 Tonnen. Im Vergleich zum Monat Oktober 1925 liegt die Produktion im Oktober 1926 um 200 000 Tonnen höher.

Typhus in Potsdam.

In den letzten Tagen haben sich in Potsdam und umher Typhusfälle ereignet. Die Erkrankungen sind sämtlich auf den Genuss roher Milch zurückzuführen.

Selbstmord im Berliner Polizeipräsidium.

Am Montag, vormittag gegen 12 Uhr, erschah sich im Berliner Polizeipräsidium vor den Räumen des Erkennungsbüros ein 45jähriger Kaufmann, Inhaber eines kleinen Räderwarengeschäftes im Norden Berlins.

Ein Preisanschreiben der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift“.

Die „Prüfungsordnung für Ärzte“, die im Juli 1924 erlassen wurde, hat sich als unzulänglich erwiesen, und das Reichsministerium des Innern hat sich bereits jetzt zu einer Revision entschließen müssen.

Gegen den polnischen Arbeiter Petrow,

der im Jahre 1924 in Marzhausen (Bezirk Kattow) einen russischen Lohnführer vorfalschlich erschoss, wurde in Stenhal verhandelt.

diebstähle in Bismard beantragte er 6 Jahre Zuchthaus. Nach kurzer Beratung wurde gemäß diesen Anträgen erstattet Petrow gehörte zur Bande des sogenannten „Minden Johannes“.

Die Ehrung einer Kriegsbrieftaube.

Eine französische Brieftaube, die sich während des Krieges ausgezeichnet und den „Militärflug“ verlassen bekommen hatte, ist jetzt nach ihrem Tode besonders geehrt worden.

Zweimal an einem Abend überfallen.

Als die Kaffeeerin eines Pariser Nachtlokals in einer Kaffeebohne nach Hause zurückkehrte, wurde sie im Toreingang von einem jungen Manne angefallen, der ihr die Tasche mit den Einnahmen entzich und davonrannte.

Ein Unglück am Bärenzwinger.

Im Zoologischen Garten von Stockholm sah ein Bär dem fünfjährigen Tochterchen des bekannten Sängers Korstell die Hand ab, als die Kleine ein Stück Brot durch den Zwinger reichen wollte.

Selbstmordversuch einer Pariser Anwältin.

Im Pariser Justizpalast beging die 23jährige Rechtsanwältin Juliette Goublet einen Selbstmordversuch, indem sie kurz vor Beginn eines Prozesses, in dem sie eine ihrer ersten Verteidigungs-

reden halten sollte, sich eine Kugel in die Brust schoss. Zur Tat ist in einem Abschiedsbrief zu sehen, den die Brautgäme erhalten hatte.

Drei Kinder auf einer Eishölle erfroren.

Nach einer Meldung aus Oslo wurden drei Kinder, die dem Eise in der Nähe von Bronthelm spielten, und nicht der Strömung schienen, auf einer großen Eishölle ins offene Meer hinausgeritten.

Neue Funde im Grabe Tutankhamens.

Die „Egyptian Gazette“ berichtet aus Luxor die Entdeckung einer weiteren Kammer in dem Grabe des Pharaos Tutankhamen, deren Existenz nicht erwartet worden.

Ein Diamantenfeld bei Rio de Janeiro entdeckt.

In der nächsten Umgebung von Rio de Janeiro hat überaus reiches Diamantenfeld entdeckt worden sein. Es dürfte auf 20 Millionen Quadratmeter, sein Wert 5 Milliarden Dollar betragen.

Newport in Schnee.

Newport ist von einem sehr starken Schneefall heimgesucht worden, der die Höhe 6 1/2 Zoll hoch in den Straßen liegt. Der Verkehr erleidet infolgedessen große Störungen.



Das Buch

Wollen Sie aus dem Tagesdrama hinauskommen? Wollen Sie den Arbeitstagen einen angenehmen Wechsel bringen? Dann lesen Sie das Buch...

Advertisement for Paul Hirsch, Heizungsmonteur. Am 5. Dezember verschied unser Kollege und Mitarbeiter, der Heizungsmonteur Paul Hirsch im 53. Lebensjahre.

Advertisement for Gertrud Hirsch geb. Jubelt. Ein gutes, liebes Gatten- und Vaterherz hat aufgehört zu schlagen! Am 5. Dezember verschied nach schwerem Leiden mein inniggeliebter, herzenguter Gatte, unser lieber treusorgender Vater, Bruder, Schwager und Onkel, der Heizungsmonteur Paul Hirsch im Alter von 53 Jahren.

Advertisement for Billige Christbäume. nur solange der Vorrat reicht. Höhe ca. 1,00-1,50 Meter Fichte 1,00 Mk, Edultanne 1,00 Mk.

Advertisement for Paul Hirsch, Heizungsmonteur. Am Sonntag, den 5. Dezember, um 12 1/2 Uhr, verstarb unser Freund und Verbandskollege, der Heizungsmonteur Paul Hirsch im Alter von 53 Jahren.

Advertisement for Gerhard Zimmer. Am 2. Dezember verschied plötzlich und unerwartet an den Folgen eines Straßenunfalles unser herzenguter, hoffnungsvoller Sohn, Bruder und Bräutigam, der Goldschmied Gerhard Zimmer im blühenden Alter von 21 Jahren.

Advertisement for Verein der Freidenker für Feuerbestattung. Mittwoch, 8. Dezember, abends 7 1/2 Uhr, im Reinen Saale des Gewerkschaftshauses: Jahres-Mitglieder-Versammlung.

Advertisement for Paul Hirsch. Am 5. Dezember verschied unser Mitglied, der Monteur Paul Hirsch im Alter von 53 Jahren.

Advertisement for Familie Weniger, Familie Kleinert. In tiefster Trauer Familie Weniger, Familie Kleinert. Beerdigung: Donnerstag, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Halle II in Oswitz, Kommunalfriedhof.

Advertisement for Sprechapparate + Schallplatten. nur beste Fabrikate - Trommeln, Pfeifen, Violinen, Lauten, Gitarren, Ital. Mandolinen, Zithern, Harmonikas.

Advertisement for Josef Lorenz, Fassadenputzer. Müh' und Arbeit war Dein Leben, Ruhe hat Dir Gott gegeben. Am 5. Dezember verschied nach schwerer Krankheit mein inniggeliebter Gatte, unser guter Vater, Sohn, Schwagersohn, Bruder, Schwager und Onkel, der Fassadenputzer Josef Lorenz im Alter von 51 Jahren.

Advertisement for Gerhard Zimmer. Am 2. Dezember verstarb durch Unglücksfall, unser Freund und Verbandskollege, der Goldarbeiter Gerhard Zimmer im Alter von 21 Jahren.

Advertisement for Frau Anna Linde. Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die herrlichen Kranzspenden bei dem Heimgange meines guten Mannes sage ich allen Verwandten, Bekannten und den Mietern des Hauses Friedrichstraße 56 sowie Herrn Karl Pietsch meinen herzlichsten Dank.

Advertisement for Schallplatten. Einige Tausend Schallplatten gute, klangvolle Fabrikate, in großem, vielseitigem Repertoire, enthaltend die beliebtesten Schlager.

Advertisement for Josef Lorenz. Am 5. Dezember starb unser langjähriges Mitglied, der Putzer Josef Lorenz im Alter von 51 Jahren.

Advertisement for Max Wolf. Am 4. Dezember verschied unser Mitglied, der Schlosser Max Wolf im Alter von 50 Jahren.

Advertisement for Volkswacht. Bei Vergebung von Druckfachen. Volkswacht Breslau 2, Thorstraße Nr. 4-6.

Advertisement for Josef Lorenz. Am 5. Dezember starb unser langjähriges Mitglied, der Putzer Josef Lorenz im Alter von 51 Jahren.

Advertisement for Max Wolf. Zentralverband der Maschinen- und Metallarbeiter sowie Bergbauarbeiter Deutschlands. Am 4. Dezember nach 4 1/2 Uhr, verstarb unser Freund und Verbandskollege Max Wolf im Alter von 50 Jahren.

Advertisement for Kleine Anzeigen. Bei Vergebung von Druckfachen. Volkswacht Breslau 2, Thorstraße Nr. 4-6.

Advertisement for Genossen deckt Euren Bedarf bei unseren Inserenten!